

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 37. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

Sitzungsdatum: 20. Februar 2008
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 - 21.00 Uhr

Präsenz

Einwohnerrat: Vorsitz Felix Keller, 1. Vize-Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Roman Meury
Heinz Giger
Robert Vogt
Arnold Julier

entschuldigt: Saskia Schärer

Gemeindeverwaltung: Scharaf Helmy, Rechtsdienst
entschuldigt: Gemeindeverwalterin Sandra Steiner

Gäste: ---

Entschuldigt: Susanne Studer
Verena Meschberger
Bruno Steiger
Simone Hauser

2/3-Mehrheit: 18:00 Uhr: 36 Anwesende = 24 Stimmen
19:30 Uhr: 36 Anwesende = 24 Stimmen

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 03.01.2008 betreffend
Wahl eines Mitglieds in die Umweltkommission anstelle von Catherine Hosang-Gobet,
CVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008) Geschäft 3763

-
- | | | |
|-----|---|----------------|
| 2. | Bericht des Gemeinderates vom 19.09.2007 betreffend Reglement über den ATLAS-Fonds der Einwohnergemeinde Allschwil, 2. Lesung | Geschäft 3749 |
| 3. | Bericht des Büros des Einwohnerrates vom 21.12.2007 betreffend Teilrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrates vom 12.04.2000, Dringlicher Antrag (Verfahrenspostulat) Josua M. Studer, SVP-Fraktion, vom 14.11.2007 betreffend Protokolle der Einwohnerratssitzungen | Geschäft 3759A |
| 4. | Bericht des Gemeinderates vom 24.10.2007 betreffend Genehmigung der Quartierplanung „Gewerbezentrum Letten“ bestehend aus Quartierplan und Quartierplanreglement; 1. Lesung | Geschäft 3753 |
| 5. | Motion Alice Märky, FDP-Fraktion, vom 03.12.2007, Eingang ER: 11.12.2007, betreffend „Generelle Aufgabenprüfung“ für Allschwil | Geschäft 3761 |
| 6. | Postulat Alice Märky, FDP-Fraktion, vom 03.12.2007, Eingang ER: 11.12.2007, betreffend „Generelle Aufgabenprüfung“ für Allschwil | Geschäft 3762 |
| 7. | Postulat Sarah Lorenz Borer, CVP, vom 20.06.2007, zu den Auswirkungen der neuen Integrationspolitik von Bund und Kanton auf die Gemeinde Allschwil | Geschäft 3738 |
| 8. | Dringliches Postulat Mathilde Oppliger / Felix Keller-Mauer, CVP-Fraktion, vom 12.09.2007, betreffend Einführung Gemeinde-Tageskarte | Geschäft 3747 |
| 9. | Postulat Josua M. Studer / Werner Schwarz / Susanne Studer, SVP, vom 11.10.2007, betreffend Einführung einer Ausgangssperre für Jugendliche unter 16 Jahren in der Zeit von 22 bis 06 Uhr ohne verantwortliche Begleitung | Geschäft 3755 |
| 10. | Postulat Siro Imber, FDP, vom 14.11.2007, betreffend Konsequenzen der Unterschutzstellung der Schulhäuser Breite und Schönenbuchstrasse (neu) | Geschäft 3757 |
| 11. | Postulat Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, vom 14.11.2007 betreffend 100 Solardächer für Allschwil | Geschäft 3758 |
| 12. | Postulat Ursula Pozivil-Pfister, FDP, vom 16.01.2008 betreffend Verwertung von Grüngut- und Küchenabfällen | Geschäft 3764 |

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates
- FRAGESTUNDE

Für das Protokoll:

Jörg Bertsch / Scharaf Helmy

Einwohnerratsprotokoll Nr. 37 vom 20.02.2008

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Vize-Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Felix Keller

Begrüssung

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Ich begrüsse Sie ganz herzlich zu dieser Einwohnerratssitzung. Ich darf heute Abend als Vorsitzender amten, und zwar weil Susanne Studer krank ist. Seit Längerem schon hat sie eine Stirnhöhlenentzündung. Im Weiteren fehlt auch Verena Meschberger. Sie ist abwesend, und von dem her haben wir unsere Ersatzleute aufgeboten, Claude Rothen und Kurt Kneier als Stimmzähler. Weitere Abmeldungen: Bruno Steiger, Simone Hauser. Gemeinderätin Saskia Schärer und Gemeindeverwalterin Sandra Steiner, auch die beiden Damen sind krank, und an dieser Stelle wünsche ich allen eine gute Besserung. Ich bitte Herrn Helmy um Präsenz.

[siehe Präsenzliste]

Mitteilungen des 1. Vizepräsidenten

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Vorweg noch ein paar administrative Mitteilungen. Wir machen heute schon um 19.10 Uhr Pause, ziehen sie also vor. Dann möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie den 14. Mai reservieren sollten für eine Einschaltsitzung des Einwohnerrats. Wir haben das im Büro einmal so vorgesehen, dass wir eventuell diesen Termin brauchen, weil so viele Geschäfte anstehen. Ich möchte Sie daher bitten, diesen Termin zu reservieren. Im Weiteren möchte ich Sie darauf aufmerksam machen: Rauchverbot gilt auch auf dem WC, nicht nur oben, sondern auch unten; ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen.

* * * * *

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Wir kommen zu den neuen Parlamentarischen Vorstössen. Es liegen drei Vorstösse vor. Ein Vorstoss ist Ihnen schon postalisch zugestellt worden. Es gab dort leider einen Fehler. Das Verfahrenspostulat von Josua Studer hat zwei Nummern bekommen, einmal 3767 und einmal 3768. Gültig ist 3767, und 3768 möchte ich Sie bitten zu vernichten. Herr Josua Studer, möchten Sie etwas dazu sagen?

Josua Studer, SVP-Fraktion: Mich hat das einfach bewogen, dieses Verfahrenspostulat einzureichen; denn wir haben ein Einwohnerratsreglement, das sehr vage verfasst ist. Das hat schon länger Gültigkeit, und es hat sich jetzt ein paar Mal gezeigt, dass einfach nicht alles wirklich sauber umschrieben ist, was immer wieder zu Diskussionen führt. Und ich habe auch schon von anderen Leuten gehört, es wäre nicht schlecht, wenn man das Ganze einmal anschauen und deutlicher verfassen und je nachdem auch Sachen vom Landrat oder von anderen Einwohnerratsreglementen einbeziehen würde, damit wir eine saubere Umschreibung haben. Denn wir haben einen Artikel, das ist 90.2. Dort steht: Alles, was nicht in dem Reglement ist, kann der Einwohnerrat selber bestimmen; also im Prinzip könnten wir eigentlich nur diesen Artikel haben und den Rest bleiben lassen – eigentlich. Es wird sehr viel umschrieben, aber nicht ganz bis ins Detail, und darum hat es immer wieder Diskussionen gegeben; und ich denke, es wäre Zeit, dass wir das einmal gesamthaft anschauen.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Im Weiteren liegt mir ein Postulat vor von der FDP-Fraktion mit dem Titel „Mehr Verkehrssicherheit“, eingereicht von Alice Märky. Bitte, Frau Märky.

Alice Märky, FDP-Fraktion: Ja, ihr bekommt das Postulat ja dann gleichwohl zugestellt, und dann können wir da darüber diskutieren. Es ist ja jetzt noch nicht aktuell.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Ist gut, merci. Im Weiteren liegt eine Interpellation vor von Siro Imber, Einwohnerrat FDP, betreffend „weniger Kosten dank Waldkindergarten“. Herr Siro Imber, möchten Sie noch etwas dazu sagen?

Siro Imber, FDP-Fraktion: Nein

* * * * *

Traktandenliste

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Damit kämen wir zur Traktandenliste. Ich stelle fest, dass die Traktandenliste rechtzeitig verschickt worden ist. Ich möchte den Einwohnerrat anfragen, ob es Änderungsanträge gibt zur Traktandenliste. – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass die Traktandenliste in dieser Form genehmigt worden ist, und wir verfahren somit nach ihr. Wir kommen zum Traktandum Nr. 1:

328 01.032.005 Umweltkommission

Traktandum 1

**Bericht des Gemeinderates vom 03.01.2008 betreffend Wahl eines Mitglieds in die Umweltkommission anstelle von Catherine Hosang-Gobet, CVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008)
Geschäft 3763**

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Das ist ein Geschäft, das leider untergegangen ist. Catherine Hosang ist ja eigentlich schon im Juli zurückgetreten. Wir haben gemerkt, dass diese Wahl bis jetzt vergessen worden ist, und möchten das jetzt gerne nachholen. Mir liegt ein Antrag der CVP-Fraktion auf dem Tisch mit Herrn Philippe Adam als Wahlvorschlag. Gibt es Gegenvorschläge? – In dem Fall können wir das mit einer stillen Wahl machen.

://:

Philippe Adam wird in stiller Wahl als Mitglied der Umweltkommission gewählt.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Ich gratuliere Herrn Philippe Adam zu seiner Wahl als Mitglied der Umweltkommission.

329 02.030 Ausländer

Traktandum 2

**Bericht des Gemeinderates vom 19.09.2007 betreffend
Reglement über den ATLAS-Fonds der Einwohnergemeinde Allschwil,
2. Lesung
Geschäft 3749**

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Ich möchte daran erinnern, dass wir in der 1. Lesung Begriffe geändert haben; und zwar heisst es anstatt „Asylanten“ jetzt „Asylsuchende“, und anstatt „Asylantenwohnheim“ heisst es jetzt „Wohnheim“. Sie haben die neue Fassung nach der 1. Lesung ausgeteilt bekommen. Wir nehmen jetzt die 2. Lesung gemäss der Fassung aus der 1. Lesung vor.

[**Stimmzähler Thomas Pfaff** ruft die Paragraphen einzeln auf, **Ursula Pozivil**, 2. Vizepräsidentin, stellt die Wortmeldungen fest]

§ 1, Zweck des ATLAS-Fonds

kein Wortbegehren

§ 2 Äufnung des Fonds

Samuel Champion, SD-Fraktion: Ich habe dazu eine Frage, und zwar ist ja völlig unklar, woher das Geld kommt. Das ist so vage umschrieben, dass man wissen möchte, wie viel kommt von der Gemeinde, wie

viel kommt vom Kanton und wie viel kommt vom Bund? Das sollte man einmal wissen, bevor man da zustimmen kann.

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: Das ganze Geld kommt vom Bund. Das Asylwesen ist Sache des Bundes, und das kommt auch vom Bund. Es geht an den Kanton, und der Kanton leitet es weiter. Der Betrag, der in den Fonds hineinkommt, das sind 5'000 Franken, die wir jährlich zurückbehalten von dem Geld, das der Bund schickt, für die Arbeit, die die Gemeindeverwaltung im Asylwesen macht. Plus 10 Rappen pro Übernachtung, die uns die ORS wieder zurückzahlt. So finanziert sich das vor – es sei denn natürlich, du würdest noch etwas dazugeben.

§ 3, Verwaltung des Fonds

kein Wortbegehren

§ 4, Inkrafttreten

kein Wortbegehren

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Damit wäre die 2. Lesung abgeschlossen. Wir kommen zur Abstimmung der Anträge des Gemeinderates. Sie stehen auf S. 4 des Reglements und lauten wie folgt:

Antrag 1: Das Reglement über den Atlas-Fonds der Einwohnergemeinde Allschwil wird beschlossen.

://:

Der Antrag wird mit 33 Ja bei 1 Nein und keiner Enthaltung angenommen.

Antrag 2: Das Reglement über den Atlas-Fonds der Einwohnergemeinde Allschwil wird, nach Genehmigung durch die Finanz- und Kirchendirektion des Kantons Basel-Landschaft, durch den Gemeinderat in Kraft gesetzt.

://:

Der Antrag wird mit 33 Ja bei 1 Nein und keiner Enthaltung angenommen.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Damit kommen wir zur Schlussabstimmung. Wer dem Geschäft Nr. 3749 zustimmen kann, bezeugt das mit Handerheben.

://:

Dem Geschäft wird mit 33 Ja bei 1 Nein und 1 Enthaltung zugestimmt.

330 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Büros des Einwohnerrates vom 21.12.2007 betreffend Teilrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrates vom 12.04.2000, Dringlicher Antrag (Verfahrenspostulat) Josua M. Studer, SVP-Fraktion, vom 14.11.2007 betreffend Protokolle der Einwohnerratssitzungen Geschäft 3759A

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Ich frage den Rat an, ob Sie einverstanden sind, dass wir direkt beraten und dies auch in einer Lesung machen. – Kein Gegenantrag. Daher verfahren wir so.

Das Geschäft ist ja eine Büro-Angelegenheit, daher darf ich es hier vertreten. Das Büro des Einwohnerrates betrachtet den von Josua Studer eingereichten Antrag als Verfahrenspostulat im Sinne des § 45 des Geschäftsreglements. Inhaltlich befasst sich der Vorstoss mit einer inneren Angelegenheit der Parlamentsorganisation. Entsprechend fällt auch die Bearbeitung des Vorstosses in die Zuständigkeit des Büros, und wir haben Ihnen dazu den Bericht ausgearbeitet, den ich kurz zusammenfasse: Das Büro des Einwohnerrates ist der Auffassung, dass mit dem seit September 2007 ausgearbeiteten reinen Wortprotokoll eigentlich eine Protokollform gefunden worden ist, die der effektiven Verhandlung des Einwohnerrates gerecht wird. Der Antrag von Josua Studer beabsichtigt, den zeitlichen und damit auch kostenmässigen Aufwand zu reduzieren, was eigentlich begrüssenswert ist. Denn gemäss § 77 des Geschäftsreglements wäre auch ein einfacheres Votenprotokoll möglich. Gegenüber diesem Votenprotokoll, welches eine sinngemässe Zusammenfassung der wesentlichen Aussagen der einzelnen Ratsmitglieder beinhaltet, entstehen beim Wortprotokoll kaum Differenzen hinsichtlich der nachträglichen Interpretation von gemachten Äusserungen. Zusammenfassungen von Meinungsäusserungen sind jeweils geprägt durch Wahrnehmungen des Protokollverfassers, weil er aus seiner Sicht dann auch subjektive Gewichtungen der Voten vornimmt, beziehungsweise vornehmen muss. Und das gibt doch immer wieder Anlass zu Diskussionen, ob das nun „sinngemäss“ ist oder nicht. Was den zeitlichen Aufwand betrifft, so haben wir festgestellt, dass auch ein Voten- oder auch Beschlussprotokoll das vollständige Abhören der Tonbandaufzeichnung voraussetzt. Dazu kommt, dass bei einer Votenzusammenfassung zwecks Erreichens einer Kernaussage in der Regel ein wiederholtes Abhören der Aufzeichnungen erforderlich ist. Und im Wortprotokoll, so wie wir es jetzt haben, kann der Protokollführer eigentlich Wort für Wort abschreiben, was an und für sich ja einfach ist. Vor allem wenn er schnell schreibt, dann geht das ja auch ziemlich schnell. Von dem her ist eigentlich der zeitliche Aufwand für ein Votenprotokoll ungefähr gleich zu werten wie für ein Wortprotokoll. Aufgrund dieser Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, urteilt das Büro, dass die jetzige Form des Wortprotokolls zweckmässig und sachdienlich ist. Der Verlauf der Beratungen kann mit all seinen Eigenheiten und Wendungen nachvollzogen werden; der persönliche Charakter der verschiedenen Voten bleibt weitgehend erhalten; und schliesslich werden auch die Diskussionen über die Interpretationen von Aussagen ausgeschlossen. In diesem Sinne bitten wir den Rat um eine Ablehnung und eine Abschreibung dieses Antrags.

Wir kommen zur Eintretensdebatte.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Wir sind schon wieder bei einem Punkt, der eben in meinen Augen das Verfahrenspostulat wegen der Überarbeitung des Geschäftsreglements nötig gemacht hat. Eigentlich steht ganz klipp und klar in § 77, Punkt 3, das Protokoll „soll“ – und es steht nicht: „mindestens“, und es steht ganz klar umschrieben, was das Protokoll beinhalten soll – und es steht nicht: „kann auch mehr“. Und es wird jetzt einfach anders gehandhabt, weil ihr das anscheinend gut findet. Obwohl nachweislich ist, dass es teilweise schwierig ist, Sachen, die wir hier in Mundart ausdrücken, ins Hochdeutsche umzumünzen. Das macht, je nachdem, ein mehrmaliges Abhören des Tonbandes nötig. Wenn man eine Zusammenfassung macht, dann hört eine geübte Person das ab und kann dann eine Zusammenfassung machen. Denn es gibt sehr viele Protokollführer, die machen die Protokolle während der Debatten, und dann ist das Protokoll schon gemacht. Somit ist das also machbar. Somit müsste also jemand das Protokoll schreiben, der auch dafür ausgebildet ist. Wenn ich aber sehe, wie viele Reklamationen immer wieder gekommen sind, und wiederholte Abhörungen von Ratsmitgliedern, die nicht damit einverstanden waren, wie das dann im Protokoll stand, dann macht es mir einfach keinen Sinn, dass man ein Wortprotokoll macht, wenn dann der Zitierte selber nicht einverstanden ist mit dem Wortprotokoll. Es gäbe in der heutigen Zeit auch die Möglichkeit, dass man nämlich die Aufnahmen unserer Sitzungen auch ins Internet stellen oder sie zugänglich machen könnte für jemanden, der das wünscht. Dann kann er effektiv 1 : 1 den Wortlaut abhören, wenn er selber nicht im Zuschauerraum die Möglichkeit nutzt. Denn die Frage ist immer auch dies: Das sind so dicke Protokolle. Lesen das unsere Mitbewohner wirklich Seite für Seite? Ich zweifle an dem Ganzen. Und wenn das nämlich eine kurze Zusammenfassung wäre, so wie das vom Reglement her vorgesehen wäre, würde das sicher eher gelesen werden; und es würde ja dann genau das aussagen, was nötig ist. Es braucht eigentlich gar nicht viel mehr. Und wenn einer wirklich Details hören möchte, dann sollte er halt auch zuhören kommen, er hat ja die Möglichkeit; oder die Verwaltung soll es ins Internet stellen, damit man es audio-mässig abhören könnte. Ich verstehe also deshalb die Antwort des Büros nicht.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion findet, dass das Wortprotokoll die beste Form ist, um Aussagen der Sprecher genau festzuhalten. Ein Beschlussprotokoll unterliegt immer auch der individuellen Wahrnehmung des Protokollverfassers. Das Verfassen beider Arten von Protokollen braucht viel Zeit, die ist für beide Arten aber etwa gleich lang. Es liegt also kein wahrer Spargrund drin. Ein

weiteres Plus für das Wortprotokoll ist, dass sich die Sprecher eventuell in ihrer Wortwahl manchmal ein bisschen zurückhaltender äussern, da man ja ihre Aussagen nachher nachlesen kann. Die CVP lehnt das Verfahrenspostulat darum ab.

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion: Auch die SP/EVP-Fraktion lehnt das ab. Und zwar, die meisten Vorredner haben es jetzt schon gesagt: Beschlussprotokolle, also wenn wir wirklich davon reden, das funktioniert vielleicht in einem Verein oder so, wo man gar nicht mehr lange schauen muss, wie man eigentlich auf das Ganze gekommen ist. Man sagt, was man macht. Wenn wir wirklich auf Beschlussprotokolle gehen müssten, dann könnten wir auch die Sitzungen auf 15 Minuten kürzen hier drinnen, denn die Meinungen sind schon gemacht, wir können hinstehen und sagen „ja“ oder „nein“ und können wieder gehen. Es ist für mich eigentlich wichtig, dass wir wissen, wie wir auf gewisse Sachen kommen. Es gibt immer wieder Sachen, wo man vielleicht auch auf Jahre wieder zurückschauen möchte. Tempo 30 ist so ein Beispiel – ich komme nicht auf das Thema zu sprechen, es ist nur ein Beispiel – wo man sagen kann: Einmal hat es geheissen „ja“, das andere Mal heisst es plötzlich wieder „nein“. Wir wollen wissen, was dann die Aussage war, und zwar wörtlich. Und es gibt Sachen, wo halt eines das Gleiche bedeutet wie das andere. Ist es das Gleiche, wenn ich auf Baseldeutsch sage, es ist „lätz“ oder „falsch“? Das sind zwei verschiedene Aussagen. „Falsch“ war Schneewittchens Stiefmutter, „lätz“ ist eine andere Aussage. Es ist also sehr wichtig, was hier drin geredet wird. Und das Wortprotokoll ist beim Abschreiben eine sehr einfache Sache. Jemand, der gut schreibt, macht das 1 : 1, bringt das auch sicher ins Hochdeutsche. Das sind heute Fusspedale, wo man hin- und herschiebt und schreibt. Wenn man das richtig übersetzen muss, verkürzen und so weiter – ich möchte das nicht machen müssen, wenn ich nicht dabei gewesen wäre. Denn dann kommen genau die Falschaussagen: Was hat der gedacht? Ist vielleicht etwas ironisch gemeint gewesen? Das bringt man so gar nicht rüber. Das Wortprotokoll gibt 1 : 1 wieder, was jemand sagt, und dadurch ist es auch für uns das einfachste Mittel. Zeit sparen wir garantiert keine; denn Abhören ist 1 : 1. Und die 24 Stunden sind vermutlich nicht nur schreiben, sondern das ist auch nochmals durchlesen und nochmals kontrollieren. Das ist beim Beschlussprotokoll nachher genau dasselbe. Wir lehnen das also ab.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich persönlich möchte mich auch gegen diesen Antrag aussprechen, und zwar aus dem einfachen Grund: Es kann immer wieder einmal vorkommen, dass ein Gesetz oder ein Reglement auslegebedürftig ist, und da gibt es verschiedene Auslegungsmöglichkeiten, und eine davon ist die so genannte historische Auslegung. Da muss man dann also schauen können, was waren damals die Voten, und wie ist das Gesetz, beziehungsweise das Reglement zustande gekommen. Und das kann man vor allem dann, wenn das Reglement schon ein gewisses Alter erreicht hat, nur tun, wenn man auch wirklich das Wortprotokoll hat. Und gerade als rechtsanwendende Person finde ich das sehr wichtig, dass wir diese Protokolle haben, und darum lehne ich diesen Antrag auch ab.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das sieht nicht so aus. Gibt es noch weitere Voten für die Detailberatung? Das sieht auch nicht so aus. Wir kommen daher zur Abstimmung, und zwar über die Anträge im Bericht des Büros, Seite 4.

1. Der Antrag – Verfahrenspostulat – von Josua Studer wird abgelehnt.

://:

Dem Antrag wird mit 27 Ja, 6 Nein und einer Enthaltung zugestimmt.

2. Der Antrag – Verfahrenspostulat – von Josua Studer, Geschäft Nr. 3759, wird als erledigt abgeschlossen.

://:

Dem Punkt wird einstimmig mit 31 Ja zugestimmt.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Wir kommen zur Schlussabstimmung über dieses Geschäft Nr. 3759. [nicht mitgeschnittene Diskussion, offenbar darüber, ob eine Schlussabstimmung erforderlich sei] Es gibt eine Schlussabstimmung über dieses Geschäft, laut § 76, Schlussabstimmung: „Nach Durchführung der artikel- oder abschnittswisen Beratung und nach Erledigung allfälliger Ordnungsanträge erfolgt eine Schlussabstimmung über den ganzen Bericht“. [nochmals akustisch nicht verständliche Anmerkungen aus dem Plenum] In dem Fall – lassen wir das weg. Fahren wir weiter.

331 11.100 Raumplanung/Zonenplanung

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderates vom 24.10.2007 betreffend Genehmigung der Quartierplanung „Gewerbezentrum Letten“ bestehend aus Quartierplan und Quartierplanreglement; 1. Lesung Geschäft 3753

Dr. Guido Beretta, Präsident Verkehrs- und Planungskommission (VPK): Wenn ihr die Unterlagen des Gemeinderates studiert habt, dann habt ihr gesehen, dass es bei dieser Vorlage um ein Grundstück geht mit einem bereits bestehenden Gebäude darauf, nämlich an der Kreuzung Fabrikstrasse / Binningerstrasse / Brennerstrasse. Also wenn ihr von Allschwil her schaut, ist auf der rechten Seite der Jumbo-Markt, und heute Abend geht es um den Gebäudekomplex auf der linken Seite dieser Kreuzung, nach der Kreuzung. Wichtig ist, dass man weiss, dass früher dieses Areal als Industrieareal bezeichnet wurde. Heute hingegen gehört es in die Gewerbezone. Und in dem bestehenden Gebäude sind verschiedene Gewerbebetriebe untergebracht. Der Anlass, weshalb wir heute Abend darüber diskutieren, ist die Tatsache, dass ein Teil dieser Gebäude saniert werden muss. Und wichtig ist auch, dass man vor Augen hat, dass es sich um eine Innensanierung handelt, also es soll innen saniert werden, nicht die Aussenhülle. Die Aussenhülle wird am Schluss, wenn man den Vorschlag bejaht, nicht verändert werden, oder höchstens geringfügig. Sie werden das nachher verstehen. Das ganze Areal gehört Privaten. Der Grundeigentümer möchte das Areal „revitalisieren“, wie er selber sagt, indem er Platz schafft für Verkaufsflächen. Aber nicht auf dem ganzen Areal, sondern nur im vorderen Teil zur Binningerstrasse hin. Hintendran sollen weiterhin Gewerbebetriebe angesiedelt werden. Weil er Verkaufsareal schaffen will, unterliegt der Vorgang der Quartierplanpflicht. Zu einer Verkaufsfläche, und das ist eine Folge davon, gehört eine vorgeschriebene Anzahl Parkplätze. Diese Parkplätze sind laut Unterlagen hauptsächlich vor dem Eingang dieses Gebäudekomplexes, nämlich entlang der Binningerstrasse, vorgesehen, und zwar genau dort, wo heute ein Pavillon einer Audi-Vertretung steht. Vorgesehen sind vorne dran 123 Kundenparkplätze und 58 gedeckte Parkplätze für Mofas und Velos. Und dann muss man der Vollständigkeit halber auch sagen, dass weitere 50 Parkplätze geschaffen werden sollen in den hinteren Bereichen des ganzen Areals, nämlich dort, wo die Gewerbebetriebe weiter bestehen sollen. Ausserdem, weil es so viele Parkplätze vor der Fassade gibt, wird die Zufahrt ab dem Kreisel Binningerstrasse / Fabrikstrasse / Brennerstrasse angepasst, das heisst verbreitert. Und weiter soll die Bushaltestelle, die jetzt bereits vor diesem Gebäudekomplex an der Binningerstrasse ist, ein bisschen vergrössert werden. Dort soll die Mauer um 50 cm von der Strasse weg verschoben werden. Jetzt muss ich Ihnen berichten über die Kommissionsarbeiten. Sie konnten feststellen, dass die Kommission sich nicht einig ist. Es gibt eine Kommissionsminderheit und eine Kommissionsmehrheit. Bei der Kommissionsminderheit stösst die Errichtung von Parkplätzen nicht auf Gegenliebe. Ausserdem findet die Minderheit, dass die Intensität des Verkehrs auf der Binningerstrasse-Achse durch die Einrichtung von Verkaufsflächen – wegen des Kundenverkehrs – noch erhöht wird, und sie sei doch schon sehr hoch auf dieser Binningerstrasse-Achse. Andere finden wiederum, das Areal dort werde nicht voll genutzt, weil laut Zonenreglement, das wir hier drinnen beschlossen haben, an jener Stelle eigentlich Bauten bis zu 20 Metern Höhe errichtet werden könnten. Und der bestehende Bau – wenn Sie es anschauen, es ist so ein zickzackförmiges Dach – ist zweistöckig. Dem gegenüber befindet eine Mehrheit der Kommission die Einrichtung von Verkaufsflächen im bestehenden Komplex als eine Aufwertung der Gewerbezone. Die Nebeneffekte, die das hat, seien abgedeckt und erträglich. Und das entspricht übrigens voll den Zonenbestimmungen, wie wir sie hier drinnen beschlossen haben. Das waren einmal die Hauptgedanken.

Die VPK beantragt Ihnen dann weiterhin noch eine kleine Änderung in der Kommentarspalte zum § 6 Abs. 8 und hat Ihnen mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage empfohlen.

Gemeinderat Roman Meury, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Ich wollte eigentlich zum jetzigen Zeitpunkt noch nichts sagen; ich wollte zuerst die Eintretensvoten der Fraktionen hören. Wenn ich jetzt aber schon das Wort bekomme, möchte ich auf zwei, drei Punkte hinweisen, die der Präsident der VPK genannt hat. Er hat hingewiesen auf die Bedenken der Minderheit. Ich meine, diese Bedenken bezüglich des Verkehrs, bezüglich der Parkplätze sind klar überprüft worden. Die Parkplätze entsprechen den kantonalen Vorschriften. Was den Verkehr und die Verkehrsführung anbelangt, ist das nötige Verkehrsgutachten beigezogen worden. Was die Höhe und Nutzung angeht: Eigentlich finde ich das sehr schön, wenn man nicht überall auf die volle Nutzung geht. Ich finde es auch toll – Sie haben das Wort „revitalisieren“ gehört – dass man den Industriecharakter, den Typ Gebäude, der doch in der Industriegeschichte der Gemeinde Allschwil seine Bedeutung hat, in dieser Form erhält. Anderenorts in Wohnquartieren, sei es im Dorfkern, sei es im ehemaligen Neu-Allschwil, legen wir eigentlich Wert darauf, dass wir den Charakter einer Überbauung erhalten. Von daher finde ich das eine sehr gute Lösung. Zu weiteren Argumenten möchte ich, wie gesagt, erst Stellung nehmen, oder mit Ihnen diskutieren, wenn ich die Voten der einzelnen Fraktionen gehört habe.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Wir kommen zur Eintretensdebatte. Bitte Voten nur zum Eintreten.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion: Vor nicht all zu langer Zeit haben wir hier drinnen im Einwohnerrat dem neuen Zonenplan „Siedlung“ und dem Zonenreglement „Siedlung“ zugestimmt und es verabschiedet. Mittlerweile ist auch die öffentliche Auflegung dieses Reglements und Plans abgeschlossen. Damals, als wir das verabschiedeten, hat man nicht mit grossen Worten gespart. Links und Rechts waren voll des Lobes. Ein Kernpunkt des Zonenplans und Zonenreglements „Siedlung“ war die Verdichtung gegen innen. Meine Damen und Herren, was wir jetzt vor uns liegen haben als Quartierplan „Gewerbezentrum Letten“, handelt den grundsätzlichen Ideen und dem grundsätzlichen Ziel dieses Zonenplans und Zonenreglements entgegen. In § 28 Abs. 4 des Zonenplanreglements – das ist auf Seite 11 – ist definiert, nach welchen Kriterien die Projektierenden und der Gemeinderat den Quartierplanvorschriften besondere Aufmerksamkeit schenken müssen. Und als erster Punkt, meine Damen und Herren, als erster Punkt aufgeführt ist die „haushälterische Nutzung des Bodens“. Im Quartierplan „Gewerbezentrum Letten“ wird nicht haushälterisch umgegangen mit dem Boden. Es wird einstöckig renoviert, von Bauen kann keine Rede sein, es werden rund 170 oberirdische Parkplätze gemacht. Ein besseres Beispiel, wie man Boden vergeuden kann, kann man kaum mehr finden. Weiter im Zonenplanreglement sagt der § 33 ganz klar, dass in der Gewerbezone in der Binneringerstrasse keine Verkaufseinheiten zugelassen sind, ausser man legt einen Quartierplan vor. Also das heisst, man befürwortet grundsätzlich keine Verkaufseinheiten, sonst hätte man das nicht so explizit hineingeschrieben. Das heisst, vom ersten Quadratmeter Verkaufsfläche an muss ein Quartierplan her. Also auch dem Gedanken, den wir hier in § 33 des Zonenreglements „Siedlung“ niedergelegt haben, wird dieser Quartierplan nicht gerecht. Im Weiteren stelle ich fest, dass mit diesem Quartierplan, oder diesem Vorhaben der Investoren – Bauherrschaft kann man ja nicht sagen, denn es wird ja fast nichts gebaut, also wenn zwei Backsteine verbaut werden, ist das wahrscheinlich viel – das Interesse von Allschwil nicht gewahrt wird. Und dem Einwohnerrat Allschwil sollte es eigentlich ein Anliegen sein, die Interessen von Allschwil zu wahren. Wir haben in „Ziele und räumliches Konzept, Teil Siedlung“ zur Kenntnis genommen, dass attraktive Rahmenbedingungen geschaffen werden sollten für die Ansiedlung von arbeitsplatzintensiven Betrieben. Was wir hier vor uns haben, ist kein arbeitsplatzintensiver Betrieb, sondern eher publikumsintensiver Betrieb. Und das ist das, was Allschwil nicht wirklich braucht. Darum frage ich: Was ist ein Ja im Einwohnerrat wert, was ist ein Ja zum Ziel des räumlichen Konzepts wert, was ist ein Ja zum Zonenplan „Siedlung“ und Zonenreglement „Siedlung“ wert?

Die SVP/EVP-Fraktion ist aus den ausgeführten Gründen... was habe ich gesagt? SVP? Ok. Die SP/EVP-Fraktion – Entschuldigung für den Lapsus, ich bin nicht im Vollbesitz meiner Fähigkeiten im Moment – also die SP/EVP-Fraktion ist aus den ausgeführten Gründen für Nichteintreten in dieses Geschäft.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion ist für Eintreten. Zum Geschäft werde ich mich nachher äussern.

Alice Märky, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion ist für Eintreten in dieses Geschäft.

Basil Kröpfli, SVP-Fraktion: Die SP-, respektive SVP-Fraktion ist auch für Eintreten. Wir werden uns aber in der Detailberatung noch äussern.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Ich stelle fest, dass das Eintreten bestritten ist. In diesem Fall gibt es eine Abstimmung. Wer für Eintreten ist, erhebt bitte die Hand.

://:

Mit 19 Ja bei 15 Nein wird das Eintreten beschlossen.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Wir kommen zur Detailberatung.

Gemeinderat Roman Meury, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Ich möchte, bevor Sie mit den einzelnen Paragrafen anfangen, schon noch etwas sagen zu dem, was Herr Cueni im Namen seiner Fraktion gesagt hat. Also ich glaube, grundsätzlich müssen wir einmal davon ausgehen, dass wir bei uns Handels- und Gewerbefreiheit haben, und dass es demzufolge einem Grundbesitzer möglich sein sollte, dass er auf seinem Grundstück ein Baugesuch einreicht oder einen Quartierplan beantragt. Herr Cueni hat dann versucht, diesen Quartierplan irgendwie in Widerspruch zu stellen zur Zonenplanung. Und da möchte ich ihm schon entgegenen. Er sagt am Anfang, man würde in der Zonenplanung quasi über das Ganze drüberstellen „Verdichtung gegen innen“. Das stimmt, dass das so steht. Primär geht es dort um die Wohnraumnutzung, das ist ganz klar auch im räumlichen Konzept so dargestellt worden. Und zudem meine ich auch, dass es kein Widerspruch ist zur Zonenplanung, weil wir gar nichts Neues machen, sondern wir bleiben im bestehenden Rahmen. Wir nutzen also den bestehenden Rahmen besser, als er jetzt genutzt ist. Jetzt ist er nämlich zum Teil leer. Demzufolge entsprechen wir durchaus dem, was in dieser Zonenplanung steht. – Er prangert die oberirdischen Parkplätze an. Ich weiss nicht, ob er mehr unterirdische will. Man stellt immer wieder fest, dass die unterirdischen Parkplätze nur schlecht genutzt werden, aus Gründen, die ich jetzt hier nicht nennen muss. Also oberirdische Parkplätze sind durchaus eine gesuchte Variante. – Dann sagt er, dass man, nachdem man in dem Zonenreglement gesagt habe, das sei eine Gewerbezone, dort eigentlich keine Verkaufsläden haben möchte. Das ist nicht ganz so. Man hat gesagt: Das ist eine Gewerbezone, und in der Gewerbezone ist Verkauf nur möglich mittels eines QP. Warum mittels eines QP? Genau weil eben damit die Möglichkeit der Mitsprache durch die Gemeinde gegeben ist. Just wegen dem. Und damit widersprechen wir überhaupt nicht – überhaupt nicht! – der Zonenplanung. – Dann kommt der nächste Punkt: das Interesse für Allschwil. Ich würde doch meinen, es müsse im Interesse von Allschwil sein, wenn die Bewohnerinnen und Bewohner von Allschwil an Ort und Stelle einkaufen gehen können. Möchten Sie weiterhin, dass soundsoviele Leute nach Oberwil in den Coop fahren? Möchten Sie das weiterhin? Das ist schon mehrfach angeprangert worden, just in dem Raum hier drinnen. Und damit habe ich auch klar gesagt, dass ein deutliches Interesse besteht von Seiten Coop – man darf ja die Namen nennen, Jumbo ist auch genannt worden am Anfang – von Seiten Coop, hier jetzt einen Laden in Allschwil zu errichten. Es bestehen vertragliche Vereinbarungen zwischen den Grundbesitzern und der Firma Coop, aufgrund derer so ein Laden realisiert werden könnte. Es geistert herum, dass ein deutscher Anbieter dort hinein gehen möchte. Grundsätzlich ist das wahr, die beiden können aber auch beieinander in diesem Gebäude sein. Die entsprechenden Absprachen sind getätigt, keiner tut dem anderen weh, die vertragen sich gegenseitig. – Ich meine, dass das im Interesse Allschwils ist. Und wenn ich sehe, wie viele Personen bei den heutigen Öffnungszeiten in solch einem Verkaufsladen wie einem Coop tätig sind, dann betrachte ich das durchaus als arbeitsplatzintensiv. Soweit ein paar Bemerkungen zum Votum von Lucius Cueni.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion: Es sind jetzt doch zwei, drei Sachen gesagt worden und zum Teil auch ein bisschen verdreht worden. Ich bin nicht grundsätzlich gegen einen Verkaufsladen dort. Was mich stört, ist der nicht haushälterische Umgang mit dem Boden. Roman Meury hat eine Firma ins Gespräch gebracht, von der wir hier drinnen aber nicht reden. Wir reden von einem Quartierplan, der es einer Immobiliengesellschaft erlaubt, Verkaufsflächen zu realisieren. Wir reden nicht darüber, welche Firma, welcher Grossverteiler dann da hineinkommt. Es ist nicht Sache der Gemeinde und auch nicht des Einwohnerrates, zu bestimmen, wer dort hineingeht, und wer was dort verkaufen darf. Die Immobilienfirma ist die einzige, die sagt, wem sie diesen Raum vermietet. Und ich habe ihn in der Verkehrs- und Planungskommission schon gesagt, diesen Satz: Wenn Coop hineinkommt, applaudieren wir alle; und wenn der Erotik-Markt hineinkommt, dann rümpfen wir alle die Nase.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Auch für die CVP wäre es wünschenswerter, wenn das Areal besser genutzt werden könnte. Da aber für die anderen Hallen, die noch intakt sind, langfristige Mietverträge bestehen, kommen zurzeit ein Abriss der alten Hallen und ein Neubau überhaupt nicht in Frage. Für die Art der geplanten Neunutzung sind Verkaufsflächen geplant für Food und Non-Food. Ein Lebensmittelgeschäft, das vor allem der Allschwiler Bevölkerung nützen würde, fände wohl eine grosse Akzeptanz in unserer Gemeinde. Die Bushaltestelle des 33er und 61er ist unmittelbar vor diesen Hallen, sie sind also auch gut mit dem öffentlichen Verkehrsmittel erreichbar. Ein Wermutstropfen ist sicher, dass man auch mit mehr Autoverkehr rechnen muss. Aber das ist eben heute so. Es ist ja auch nicht in Ordnung, dass heute ein grosser Teil der Allschwiler nach Oberwil zum Einkaufen fährt. Das ist ja auch nicht gerade umweltfreundlich. Aus diesem Grund stimmt die CVP dem Quartierplan zu.

Alice Märky, FDP-Fraktion: Zuerst einmal möchte ich mich bedanken für den wunderbaren Quartierplan, der da ausgearbeitet wurde. Das ist eine grosse, grosse Arbeit. Die FDP unterstützt auch die Umwandlung der Gewerbezone mit der Möglichkeit, eine Verkaufsfläche einzurichten. Ich glaube, das kann sicher vielen zugute kommen. Also dazu möchten wir eigentlich stehen.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich habe kurz etwas zu Lucius Cueni. Ich finde es ein bisschen komisch, dass man bei der Eintretensdebatte so in die Details hineingeht, und dann nicht eintreten möchte. Wenn jetzt das Eintreten nicht zustande gekommen wäre, hättest du mehr oder weniger alles gesagt; und wir hätten uns daran gehalten, nur zum Eintreten zu reden. Es ist ja gut, dass man kurz umreisst, wieso man auf etwas nicht eingehen möchte; aber du bist bereits schon in die Details gegangen. Ich hatte schon Angst, dass das bis zur Pause dauern würde. – Ich möchte etwas dazu sagen. Ich war bei der VPK-Tätigkeit dabei, und mich hat einfach immer wieder gestört, dass von den Gegnern gesagt wird, es gibt Mehrverkehr, wenn es einen Laden gibt. Wenn wir keinen Quartierplan machen, dann können die Besitzer dieser Häuser, also dieser Gebäude und Gelände, machen, was sie wollen. Die können dort Lagerhäuser hineinmachen. Die können Kleingewerbe machen, das sehr viel Verkehr generiert, unter Umständen viel mehr Verkehr, als wenn wir dort einen Laden haben. Und in erster Linie weiss man ja, dass ihr alle ein wenig Angst habt vor einem Aldi oder Lidl – wieso, weiss ich nicht. Im Kleinbasel hat es einen gegeben, der gar nicht so rege genutzt wird, wie man es anfänglich meinte. Ein Coop ist dann allen plötzlich genehm – ein Erotik-Markt natürlich nur denen, die dazu stehen können. Es ist ja eigentlich gleich, wir haben Gewerbefreiheit. Aber ich habe in der VPK-Arbeit versucht einzubringen, dass wir zum Beispiel in den Bericht hineinschreiben würden, wir wünschen explizit einen Coop. Wir reden mit, mit einem Quartierplan, da können wir doch in meinen Augen Wünsche einbringen. Dafür leisten wir in einer Kommission Vorarbeit. Da finde ich, man kann das. Es hat aber geheissen, nein, das dürfen wir nicht. Ich weiss nicht, warum. Nur weil man es jetzt 30 Jahre nicht gemacht hat? Da könnten wir es ja die nächsten 30 Jahre einmal anders machen. Wir müssen doch Signale setzen, wir müssen doch sagen, was wir wollen. Und da geht es jetzt nur darum: Der Quartierplan erlaubt dem Besitzer dieses Geländes, einen Laden zu machen. Und das ist richtig, er kann machen, was er will. Aber wenn er spürt, was wir wollen, dann wird er sicher auch auf uns eingehen. Man muss Signale setzen, und nicht einfach immer Verhinderung machen, nur weil es Mehrverkehr geben könnte, oder weil nicht anders gebaut wird. Der Bauherr weiss auch, wie er mit seinem Geld umgehen muss. Ein Abriss und Neubau kommt sicher teurer, als jetzt mit dem bestehenden Gebäude etwas zu machen. Und das bestehende Gebäude sind wir uns jetzt gewöhnt von der Ansicht, von der Fassade her, warum sollen wir das jetzt unbedingt ändern, nur damit man dann ein bisschen mehr Grün hat, wo man das Wasser versickern lassen kann. Ich verstehe das nicht. Also ich bin komplett für diesen Quartierplan, so, wie er ist. Und von meiner Seite der Wunsch: ein Coop, den ja Allschwil schon lange will. Und das wissen ja eigentlich alle, aber es soll auch richtig gesagt werden.

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion: Ich habe noch zwei, drei Fragen und zwei, drei Richtigstellungen. Wir haben nicht als erstes Argument, weshalb wir diesen Quartierplan ablehnen, den Verkehr gebracht – es ist zwar ein Argument, und ein Verkaufsladen wird dort drin mehr Verkehr geben. Schon damals, am 24. März 2004, als wir über den Jumbo abstimmten, sind hier drinnen die ähnlichen Voten gefallen: Gewerbefreiheit auf der einen Seite, auf der anderen Seite Ausnutzung der Möglichkeiten, die man dort tatsächlich machen kann. Eine wichtige Frage ist für mich: Was passiert denn mit dem Gewerbe, das jetzt in diesen Häusern ist? Ist das in der VPK angeschaut worden? Gibt es dazu Antworten? Da wird ja auch ein Mehrwert erzeugt, der Allschwil etwas bringt. Also dort drin sind Firmen, die jetzt entweder hinaus müssen, oder sie müssen zusammenrücken. Ganz bestimmt während der Bauzeit müssen sie dort hinaus. Auf der anderen Seite: Der Quartierplan, wie Josua Studer sagte, gibt nur die Berechtigung, dass man dort ein Laden bauen darf. Einen Laden zu bauen – da sind wir auch nicht grundsätzlich dagegen. Aber wieso soll nur dieser Laden gebaut werden? Wieso soll – mit einem Sonderbaurecht,

wohlverstanden, und wir reden bei einem Quartierplanverfahren immer von einem Sonderbaurecht – wieso soll dort nur einseitig etwas gewährt werden, und auf der anderen Seite können wir von der Gemeinde überhaupt nichts mitbestimmen? Wir können nicht mitbestimmen, dass dort mehr Gewerbe untergebracht werden soll, dass er noch ein, zwei Stockwerke oben drauf bauen kann. Wir würden sofort auf ein Projekt einsteigen, wenn es einen etwas mutigeren Investor gäbe. Und ich bin der Meinung, wir haben zu wenig attraktiven Gewerberaum in Allschwil. Wenn ein Investor dort ein wenig mutiger wäre und nicht einfach den Weg des geringsten Widerstandes ginge, dann hätten wir dort unter Umständen ein viel besseres Projekt als das, was wir jetzt da haben. Ich bin nicht einverstanden, dass das ein gut ausgearbeiteter Quartierplan ist. Das ist ein ganz normaler Quartierplan, den man ablehnen kann oder annehmen kann. Begeisterungstürme kann der sicher nicht auslösen, denn es ist ein einseitiges Geben, und zwar der Gemeinde Allschwil an die Firma BIEGE. Und es ist wurst, was für ein Laden dort hineinkommt. Darum haben wir uns nicht zu kümmern. Das ist wirklich Gewerbefreiheit, die der Investor oder Besitzer dieser Liegenschaft mit seinen Vertragspartnern eingehen darf. Da haben wir nichts mitzureden. Wir geben nur das Sonderbaurecht, damit er dort drin bauen darf. Und ich bin der Meinung, wir gäben dieses Sonderbaurecht gescheiter einem grösseren Projekt, das vielleicht noch einen mutigeren Investor anzieht. Und darum sind wir ganz klar dagegen. Zurück an den Absender! Und ganz sicher nicht so ein billiges Projekt, das der Gemeinde Allschwil, meine ich, ausser ein bisschen Mehrverkehr und ein paar Quadratmetern Verkaufsfläche, nichts bringt. Ich möchte noch darauf hinweisen: 3'750 Quadratmeter Nettoverkaufsfläche ist die niederste Ertragslage, die man überhaupt in so einem Gebäude erzielen kann. Das heisst, mit einem Gewerbe oder mit höherwertigen Arbeitsplätzen würde man viel, viel mehr erzielen als diese paar Quadratmeter, die Coop ja sowieso nicht in Allschwil versteuert. Also, ich weiss nicht, wie viel pro Quadratmeter herauskommt, aber es ist echt nur ein Verlust für Allschwil, und es ist ein einseitiges Geben. Und die Arbeitsplätze, die angesprochen wurden: 3'750 Quadratmeter Verkaufsfläche – ich weiss nicht, wie viele Arbeitsplätze das gibt, Roman Meury, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass es mehr als 20 sind. Ein Gewerbebau würde einiges mehr bringen. Und wir wissen alle, es gibt Investoren, die in Allschwil ein Projekt hinzaubern und anziehen würden, wenn sie das Land und die Möglichkeiten hätten, und wenn man ihnen den Weg zeigen würde. Das, meinen wir, ist der falsche Weg.

Gemeinderat Roman Meury, Vorsteher Departement Hochbau – Planung: Also behaupten kann man immer. Entschuldige, Christoph Morat, aber es ist ein bisschen weltfremd, was du jetzt erzählt hast. All die Investoren, die kommen und Gewerberäume errichten in Allschwil, die möchte ich dann zuerst noch sehen. Ich möchte einfach betonen – das kennen Sie alle – dass das Gebäude, in dem früher die Bauverwaltung drin war, das Backsteingebäude an der Binningerstrasse, ein wenig links von der derzeitigen Autogarage – dort war geplant und besteht grundsätzlich immer noch die Idee, dass man einen Zwillingebau dort hinstellen würde, wo jetzt die Autogarage ist. Warum steht der nicht? Weil man genau diese Gewerberäume nicht vermieten kann. Genau das ist der Grund. Grundsätzlich wäre der Besitzer bereit gewesen, das aufzustellen. Aber das kann man eben nur aufstellen, wenn man auch auf Mieter zählen kann. Also woher jetzt diese Mieter und diese Investoren plötzlich kommen sollen, die diesen Gewerberaum brauchen, das möchte ich dann noch gesehen haben. – Dann ist noch die klare Frage gestellt worden, was mit den jetzigen Mietern passiere. Der Herr Präsident der VPK hat das grundsätzlich gesagt. Es gibt eine Firma drin, die bleibt selbstverständlich dort. Das heisst, die Bestehenden können weiterhin ihrem Gewerbe nachgehen. Es ist aber auf der rechten Seite, wenn man davor steht, und gegen hinten, und dann links noch ein Stück frei, es ist jetzt frei; und das wird zusätzlich genutzt durch diese Verkaufsflächen. Man versucht jetzt zu sagen: Es ist ja völlig egal, was dort hineinkommt. Ich mag mich einfach erinnern, dass es in der Kommission ein bisschen anders getönt hat. In der Kommission sind immer und immer wieder Namen gefallen: Wer wäre einem genehmer, wer wäre einem weniger genehm? Und ich möchte nochmals sagen: Wollen wir das, dass soundsoviele Leute aus Allschwil jeweils freitags und samstags nach Oberwil fahren, um im Coop einzukaufen? Das ist eine Überlegung wert. Und ich möchte nochmals sagen: Ich meine, es ist im Interesse von Allschwil, wenn dort Coop hineinkommen könnte. Ich weiss, dass wir über den Quartierplan abstimmen, und dass wir nur darüber abstimmen, ob man dort drin, und in welcher Form, Verkaufsflächen machen kann. Aber da schon immer nach Namen gefragt wird, habe ich sie vorhin genannt. Der Verantwortliche der Firma Coop sagte klar: Wir möchten da diesen Laden errichten, entsprechende Vorverträge bestehen. Und der deutsche Anbieter, der vorhin genannt wurde, der kann im linken Teil ebenfalls noch seinen Platz finden. Das einfach nochmals als Ergänzung.

Werner Schwarz, SVP-Fraktion: Ich durfte mich als Mitglied der VPK dieses Themas annehmen, und ich habe folgende Dinge festgestellt. Erstens positiv: Am Ortsbild wird nichts verändert. Auch wenn diese 120 Parkplätze gemacht werden, wird sich eigentlich gar nichts ändern. Denn die Autos vom Auto-Götte werden dann einfach nicht mehr dastehen, sondern die Kundenparkplätze werden dann von dieser

Gewerbezone genutzt. Das Zweite ist: Es schafft Arbeitsplätze. Und da bin ich mit meinem Vorredner nicht einverstanden. 20 Arbeitsplätze, das sind 20 Familien mit Kindern, die wirklich heutzutage immer mehr darauf angewiesen sind – wie ihr ja selber sagt, dass die Mütter immer mehr arbeiten gehen müssen, damit sie zu ihrem Einkommen kommen. Es bringt mehr Steuereinnahmen, die brauchen wir, gerade wegen euch dort drüben brauchen wir diese Steuereinnahmen; denn eure Begehrlichkeiten werden immer mehr, aber ihr sagt uns nie, wie wir das finanzieren sollen, ihr verhindert alles. Und es wäre auch ein schlechtes Zeichen an alle Investoren, die jetzt schon in Allschwil tätig gewesen sind, wenn wir denen da jetzt eine Abfuhr erteilen würden. Es war schon schlimm genug, was wir mit der Wegmatte gemacht haben. Und ich denke auch, wir als Einwohnerrat dürfen den Investoren gar nicht dreinreden, was sie zu bauen und zu tun haben. Wir müssen die Grundlagen schaffen, und sie sollen dann arbeiten, und es kommt in der Regel immer etwas Gutes dabei heraus.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Es wären einfach noch mehr Familien glücklich, wenn man dort noch mehr Leute anstellen könnte, wenn dort etwas anderes hineinkäme, nur um das schnell anzumerken. Und je nachdem, wer dort drin verkaufen möchte, sei das der berühmte Deutsche, oder einer von denen, dann haben wir das Problem, dass das der einzige sein wird in der Region. Und mit einer Verkaufsfläche von 4'000 sind wir weit über dieser berühmt-berüchtigten Wegmatte, wo man damals aus allen Ecken und Richtungen hörte, dass das Verkehrsaufkommen ein Problem sein wird. Mit 4'000 Quadratmetern Verkaufsfläche, wo man sogar jetzt schon davon redet, dass der Sportplatz Gartenhof als Ausweichmöglichkeit für diesen Besucheranstrom, oder diesen Kundenanstrom herhalten muss, denke ich, ist das ein bisschen... ja, es ist glaube ich klar, diese Zahl. Und eben, nochmals, wie gesagt, wollen wir denn, dass aus allen Gegenden, aus Binningen und aus der Stadt Basel, alle nach Allschwil kommen, weil dort der Lidl sitzt? Das ist einfach nur so eine kleine Frage.

Robert Richner, FDP-Fraktion: Wir in der Schweiz können stolz sein, dass wir gewisse Freiheiten haben. Und dazu gehört auch, dass ein Investor, oder wer auch immer, sagen kann, was er bauen will, wo er bauen will, so lange es im gesetzlichen Rahmen ist. Und wegen der Verdichtung muss ich auch sagen, es ist in der Freiheit des Grundeigentümers, ob er nun zehn Meter hoch bauen will, oder ob er 20 Meter hoch bauen will. Wir haben die Möglichkeit geschaffen für 20 Meter, aber es steht nirgends, dass er 20 Meter hoch bauen muss. Und ich bitte doch auch, das zu beachten, dass wir darauf angewiesen sind, dass die Leute noch Geld investieren.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Bevor wir jetzt zur eigentlichen Lesung kommen, schlage ich vor, dass wir eine Pause machen bis fünf vor halb.

PAUSE

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Wir fahren weiter. Wir kommen zuerst zum

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Ich möchte Sie gerne noch über ein Vorhaben im Tiefbau informieren. Im Bereich des Herrenwegs werden Wegleitungen eingebaut. Das wird ab nächster Woche der Fall sein. Es sind Kanalisations- und elektrische Leitungen. Und zu diesem Zweck muss der Herrenweg in einem Teilstück vollständig gesperrt werden. Selbstverständlich sind die Anwohner bereits schon informiert worden, und die Umleitung wird signalisiert sein. Das wird nächste Woche passieren, und der Weg wird für etwa zwei Wochen geschlossen sein.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Sind noch weitere Informationen des Gemeinderats? Dem ist nicht so. Wir kommen zur

FRAGESTUNDE.

Schriftlich eingegangen ist eine Frage von Herr Josua Studer. Bitte, Herr Studer.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich weiss jetzt nicht ganz, was ich dazu sagen soll. Denn die Frage habe ich gestellt und warte eigentlich nur noch auf eine Antwort. Und ich denke, die Antwort gebende Person wird automatisch auch gerade die Frage vorlesen. Bin ich richtig in dieser Annahme?

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich habe mich jetzt nicht darauf vorbereitet, die Frage vorzulesen, aber trotzdem: „Deshalb meine Frage“ – also das wäre jetzt die von Josua Studer – „wieso bitten Sie uns nicht um Kenntnisnahme?“ Das ist die Frage, die er gestellt hatte, und zwar geht es darum: Wenn Berichte des Gemeinderates an den Einwohnerrat kommen, die nur zur Kenntnisnahme unterbreitet werden, was das für eine Bedeutung haben soll, und ob man mit dem Thema nicht anders umgehen könnte. Er schrieb: „So müssen wir keine Abstimmung über etwas machen, was wir sowieso nicht ablehnen können, und Sie haben die Möglichkeit gewahrt, mit einer Höflichkeitsformel Ihren Bericht oder eine Abrechnung abzuschliessen.“ Also, es geht um die berühmte Frage der Kenntnisnahme von einem Bericht beim Einwohnerrat. Wir reden da vor allem vom Finanzplan und vom Geschäftsbericht, die der Einwohnerrat regelmässig zur Kenntnis nimmt. Ich weiss, dass sich der Einwohnerrat da immer schwer tut. Er hat das Gefühl, er müsse am Schluss über die Kenntnisnahme eine Zustimmung abgeben, wobei er aber inhaltlich nicht Einfluss nehmen kann. Und das ärgert immer wieder, wenn man so zur Kenntnisnahme abstimmen muss. Nun haben wir das geprüft, und uns ist das auch bekannt. Erstens, sage ich mal, gibt es sehr wenige Vorlagen, die der Einwohnerrat nur zur Kenntnis nehmen muss. Zur Kenntnis genommen hat er diese Vorlagen in der Tat schon, wenn er sie in der Post hat und sie geöffnet hat. Nun hat er sie in dem Sinn physisch oder informell zur Kenntnis genommen; und da könnte man theoretisch sagen: Ich muss ja nicht mehr darüber abstimmen, ob ich es zur Kenntnis nehme. Ich habe es ja quasi auf der Post geöffnet und habe es gelesen. Nun stimmt das leider in unserem formalistischen Staatshaushalt nicht ganz so sehr. Das Problem ist, dass jedes Geschäft, das dem Einwohnerrat unterbreitet wird, letztendlich auch einen formellen Abschluss haben muss. Und ein formeller Abschluss kann eben auch in so einer Kenntnisnahme bestehen. Dass wir jedes Geschäft im Einwohnerrat formell mit einem Beschluss abschliessen müssen, steht im § 76 des Geschäftsreglements; und als solcher formeller Abschluss gilt eben auch die „Kenntnisnahme“. Dazu darf ich sagen: Wir könnten jetzt auch nicht allein einen eigenen Entscheid fällen hier drin. § 47 Gemeindegesetz sieht vor, dass beim Finanzplan eine Kenntnisnahme stattfindet. Da ist also sogar auf kantonaler Ebene die Kenntnisnahme so vorgeschrieben. Und gleichzeitig ist es so, dass die Kenntnisnahme „wertfrei“ zu erfolgen hat, das heisst also nicht „mit Empörung“, „mit Freude“, „mit Widerstand“ oder sonst wie zur Kenntnis genommen, sondern es gibt eben nur den formellen Abschluss „zur Kenntnis genommen“. Das heisst aber nicht – und da spreche ich jetzt einfach für den Gemeinderat – dass der Gemeinderat da einfach die Ohren abstellt und während der Diskussion zu diesen Blättern nicht zuhört. Wir nehmen nämlich sehr wohl zur Kenntnis, was von Ihnen diskutiert wird im Rahmen des Geschäftsberichtes, des Finanzplanes oder anderer Geschäfte, die zur Kenntnisnahme unterbreitet werden; und wir gehen nachher intern in der weiterführenden Arbeit selbstverständlich auf diese Argumente ein. Also, es wäre falsch zu meinen, nur weil man keine ablehnende Kenntnisnahme, oder keine rügende Kenntnisnahme, machen kann, der Gemeinderat würde einfach darüber hinweggehen und sich mit den Voten aus dem Einwohnerrat nicht auseinandersetzen. Ich muss ganz klar sagen, wir setzen uns sogar intensiv mit den Voten im Einwohnerrat auseinander. – Dann ist die Frage der Höflichkeitsformel, die du gestellt hast: „Wir bitten um Kenntnisnahme“. Da haben wir nicht ganz begriffen, wie du das verstehst. Allein als Höflichkeitsformel, wenn wir das einmal anschauen wollen, da sage ich einfach Folgendes: Grundsätzlich sollten Anträge so formuliert werden, dass sie gerade wortgleich zum Beschluss umfunktioniert werden können. Also zum Beispiel „sei gutgeheissen“ – und dann heisst es „wird gutgeheissen“, das geht gerade direkt, und man muss es nicht irgendwie uminterpretieren. Daher, wenn wir eine Bitte in die Formulierung hinein nehmen würden – „wir bitten um Kenntnisnahme“ – dann müsste man irgendwie schreiben „der Bitte wird entsprochen und es wird Kenntnis genommen“, und das möchten wir nicht. Daher heisst es einfach „Antrag auf Kenntnisnahme“ – und dann wird „zur Kenntnis genommen“. Es gibt keine Interpretationen in der Umsetzung des Wortlauts eines Beschlusses. Das ist eigentlich einmal das Wichtige. Zum Anderen, wie gesagt, wenn das „bittet um Kenntnisnahme“ heissen soll, dass es keine formelle Abstimmung geben soll am Schluss, dass man darauf verzichtet und sich mit der physischen Kenntnisnahme vom Bericht zufrieden gibt, da muss ich sagen: das geht nicht, wie ich eingangs sagte, weil wir jedes Geschäft formell abschliessen müssen, und weil das letztendlich auch,

gerade beim Finanzplan, auf kantonaler Ebene im Gemeindegesetz vorgeschrieben ist. Das kann ich dazu ausführen.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Ist das gut so, Herr Josua Studer?

Josua Studer, SVP-Fraktion: Sehr gut, Dankeschön für diese Antwort.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Wir kommen zur nächsten Frage. Es liegt noch eine schriftliche Frage vor von Herrn Werner Schwarz. Wollen Sie die Frage selbst stellen, oder überlassen Sie das auch dem Gemeinderat? – In dem Fall: Herr Robert Vogt!

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Gerne erläutere ich Ihnen auch diese Frage. Werner Schwarz hat vorgebracht, er habe festgestellt, dass beim „Staudamm“ – ich gehe davon aus, dass das unser Damm im Mühletal ist, der uns vor Hochwasser schützt – dass dort ein schlechter Bodenbelag vorhanden ist. Bei nasser Witterung bleibe das Material an den Schuhen kleben. Er stellt deswegen 3 Fragen: Ist es möglich, dass 1. minderwertiges Material eingelegt wurde? Das betrifft also vermutlich den Naturweg, der dort rings um den Damm führt. Es ist so: Dort wurde gutes Material eingebaut, gut verdichtet, und das Material ist aber noch nicht verfestigt. Das Material ist erst im Dezember eingebaut worden, und dadurch ist es noch frisch und relativ weich. Das wird sich aber im Laufe der Zeit noch verfestigen. Zur zweiten Frage: Ist es möglich, dass 2. der Unterbau zu wenig Wasser abfließen lässt? – Auch das ist nicht der Fall, das ist mit den nötigen Gefällen ausgeführt worden, und das Wasser kann selbstverständlich abfließen. Die 3. Frage: Ist dieser Umstand darauf zurückzuführen, dass das Projekt Staudamm teurer kam als geplant, und aus diesem Grunde bei der Umgebungsarbeit Einsparungen getätigt wurden? – Auch das ist nicht der Fall, was aus den ersten zwei Antworten hervorgeht. Das heisst, es ist gutes Material eingebaut worden, es ist mit einem Gefälle verbaut worden, und Sie können davon ausgehen, dass sich das Material noch ordentlich verfestigen wird. Genügt diese Antwort?

Werner Schwarz, SVP-Fraktion: Ja, zum Teil genügt es. Denn was ich festgestellt habe, ist, dass dieser Weg sich an der Seite effektiv richtiggehend auflöst, also er bröckelt ab. Und ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass sich das jetzt in ein paar Wochen oder Monaten automatisch verfestigt. Denn wenn dort ein Auto durchfährt, nimmt es diesen Rand auf der Seite effektiv weg. Also das habe ich festgestellt. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass man das jetzt einfach so belässt wie es ist, denn ihr werdet in ein paar Wochen oder Monaten ein Problem damit haben.

Peter Hauser, SVP-Fraktion: Ich stelle jetzt da eine konfuse Frage, und ich weiss, ich hätte sie schriftlich anmelden sollen, weil es ein wenig kompliziert wird. Es geht um das Hundereglement. Vorweg möchte ich sagen: Nichts gegen die Hundehalter und nichts gegen die Hunde. Ich habe selber zwei. Und im Gemeindereglement, § 18 auf Seite 3, § 5, steht: „Zutrittsverbote. Der Gemeinderat kann Plätze und Orte bezeichnen, zu welchen Hunde keinen Zutritt haben.“ Und jetzt kommt das, was ich fragen möchte: „Das Betreten von Kulturland ist verboten. Ausgenommen ist das Laufen lassen auf Wiesland in der Zeit vom 1. November bis Ende Februar.“ Jetzt nichts gegen das, gegen die Hunde. Aber ich glaube, es gibt gewisse Leute, die das Gesetz nicht ganz verstehen. Die sehen sich selber als Hund oder als Wildsau. Ich arbeite jetzt wieder auf dem Land und schneide Bäume, und mir sind jetzt in den letzten paar Tagen kuriose Sachen aufgefallen. Es wird einfach keine Rücksicht genommen. Wenn die Hunde hineinrennen, ist mir das gleich, und man kann auch nicht verlangen, dass gewisse Leute Weizen von Gras unterscheiden können. Und ich habe auch schon gesehen, dass Gemeindearbeiter aus dem Wald kamen, und da war ein Acker mit Wintergerste – gut, Wintergerste ist buschig um diese Zeit, das sieht aus wie eine Matte – da mussten die auch durchfahren. Ich meine, da wäre einmal Klärungsbedarf, und man sollte vielleicht einmal die Leute sensibilisieren. Ich gehe auch nicht zu denen heim und läute und trete ihnen auf dem Balkon draussen in die Geranienkistchen. Und es wäre einmal wichtig zu wissen, was eigentlich dieses Gesetz soll. Also nichts gegen die Hundehalter, dass sie nicht mehr hinein dürften mit den Hunden zum Spielen. Aber woher das kommt, das würde mich Wunder nehmen. Ich weiss, ich hätte es schriftlich angeben sollen, aber es ist mir gerade jetzt die letzten zwei Tage in den Sinn gekommen, und ich hatte keine Zeit mehr.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Ist die Frage verstanden worden vom Gemeinderat? Nein? Also: Peter Hauser, was ist die konkrete Frage?

Peter Hauser: SVP-Fraktion: Ich habe ja gesagt es ist konfus, oder! Wieso gibt es das Gesetz, und gewisse Leute verstehen es nicht? Man sollte es umändern, oder überhaupt: Wieso darf man das?

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich bin Stellvertreter von Saskia Schärer. Peter Hauser, wir besprechen das einmal zusammen. Also im Hundereglement ist es ja eigentlich klar geregelt, und die Hundehalter müssen sich daran halten. Ich gehe jetzt aber davon aus, dass du mir sagen willst, die Hunde und die Hundehalter halten sich mehr oder weniger daran, oder das stört dich weniger. Aber Kreti und Pleti, die auf die Felder hinauslaufen, das stört dich mehr. Dem gehen wir nach; das ist heute Abend auch gut angebracht, denn Herr HAL Schäfer von der Polizei sitzt auch da, und wir gehen der Sache nach und schauen mal. Letztendlich wäre es eine Aufgabe der Flurpolizei zu sehen, wie Feld, Wald und Wiesen betreten werden. Mehr kann ich zurzeit nicht sagen dazu.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Die nächste Frage von Herr Lucius Cueni.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion: Ich habe 2 Fragen, darf ich die gerade hintereinander stellen?

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Zwei kurze Fragen, ja.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion: Die erste Frage bezieht sich auf die Region Herrenweg/Ofenstrasse. Dort hat es eine sehr schöne Betonstützmauer, die die Ofenstrasse abstützt. Und in den VPK-Sitzungen von damals wurde gesagt, dass die nicht unbedingt aus Beton sein muss – jetzt ist sie zwar aus Beton – darauf hin sagte man, sie wird begrünt. Und jetzt kann ich weder Aussparungen im Trottoir oder in der Strasse für allfällige Begrünungen feststellen, noch kann ich eine Begrünung von oben feststellen. Ich möchte den Gemeinderat fragen, wie er das gedenkt durchzusetzen. – Die zweite Frage bezieht sich auf das gleiche Gebiet, aber auf die erste Bauetappe Ziegelei. Die Häuser dort sind ja realisiert, und dort ist gesagt, oder vielmehr festgehalten worden im Quartierplan, dass die Dächer zu begrünen sind. Und es ist jetzt doch schon einige Zeit, dass diese Häuser stehen, und ich vermag beim besten Willen sehr wenige Pflanzen auf diesen Dächern zu erkennen – gerade wenn man das zum Beispiel vergleicht mit einer Begrünung in der Sandwegüberbauung. Auch hier möchte ich den Gemeinderat anfragen, wie er gedenkt, das durchzusetzen.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Was die Stützmauer betrifft im Ziegelei-Areal, da verhält es sich so, dass es verschiedene ausführungstechnische Vorschläge gegeben hat. Und die, die jetzt ausgeführt wurde, das ist eine Art Stampfbeton, eine etwas löcherige Betonmauer, die eben die Möglichkeit bietet, dass die Natur daran Fuss fasst. Das hat eigentlich den Vorstellungen des Bauausschusses am ehesten entsprochen. Also ich gehe einmal davon aus, dass das auch die Lösung ist, die dem Quartierplan standhält. – Zur zweiten Frage: Diese Dächer sind selbstverständlich begrünt worden; es handelt sich aber um eine extensive Begrünung, und das braucht jetzt natürlich eine Weile, bis diese Ansaat zum ersten Mal greift. Von mir aus gesehen müsste das jetzt dann im Frühling spriessen, und zwar relativ schnell. Aber im Winter ist diese Entwicklung natürlich von Natur aus wegen der kalten Temperaturen und weniger Sonneneinstrahlung etwas langsamer.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Herr Lucius Cueni, sind Sie zufrieden mit der Antwort?

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion: Nicht wirklich. Also bei der ersten Frage hatte ich es nicht von den Trennmauern zwischen den beiden verschiedenen Bauetappen, sondern dort hatte ich es von der Mauer entlang der Ofenstrasse. Und bei der zweiten Frage: Wenn ich die Antwort richtig deute, dann heisst das, dass jetzt erst angesät wurde? Oder sind das spezielle Samen, die mehrere Jahre brauchen, bis sie spriessen? Sonst begreife ich es nicht wirklich, warum das mehrere Jahre braucht.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Ich gehe davon aus, dass eben diese Begrünung erst vor einem Jahr angesät wurde, aber normalerweise greift das nach einem Jahr. Das müsste jetzt im Frühling also selbstverständlich spriessen. Und wegen der Stützmauer – das ist ja eigentlich die, die ausserhalb des Quartierplangebietes ist, das ist eine konventionelle Betonstützmauer, und da ist mir nicht bekannt, dass es eine Anforderung gibt an eine entsprechende Form.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Ist das gut, Herr Lucius Cueni?

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion: Ja

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Gibt es noch weitere Fragen aus dem Rat? – Herr Christoph Morat.

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion: Ich hätte eine Frage an Roman Meury vom Hochbau, und zwar geht es um den Bau Elco. Dort hat man irgendwann einmal mit dem Abriss angefangen. Es waren schon verschiedene Firmen dort, haben angefangen, haben installiert und sind wieder gegangen. Mittlerweile hat man dort eine Fassadenverschalung weggenommen, und die Isolation, diese Glaswolle, fliegt im ganzen Quartier herum. Die Frage ist, ob das von der Gemeinde irgendwie einmal angeschaut werden könnte bezüglich der Sicherheit, und bezüglich Umweltschutzes wegen diesem Material, das da in der Gegen umherfliegt. Die wichtigere Frage ist: Ist man dort allenfalls an einer Altlastensanierung dran? Weil so viele verschiedene Firmen dort hineingehen, und weil man jetzt auch so lang keinen Baufortschritt feststellen kann.

Gemeinderat Roman Meury, Vorsteher Departement Hochbau – Planung: Den letzten Teil der Frage kann ich klar mit Nein beantworten. Es ist keine Altlastensanierung, die da in stiller und heimlicher Art und Weise erfolgt. Das andere kann man einmal anschauen, und, wie du sagst, mal abklären, was das für Material ist, das da herumfliegt. Wieso man noch nicht angefangen hat zu bauen, das hat verschiedene Gründe. Es sind sicher noch gewisse Abklärungen, die in der Vertiefung des Quartierplanes liegen. Dann sind die Baugesuche, die Detailplanungen noch nicht in der letzten Form. Ferner sind noch Abklärungen hinsichtlich der Art und Weise des Bauens erforderlich – vielleicht hast du schon einmal von dieser Steinbrechanlage gehört: Soll die kommen. Soll sie nicht kommen? Das sind alles Probleme, die noch geklärt werden müssen, bis man anfängt. Aber man darf davon ausgehen, dass demnächst effektiv mit dem Abbruch angefangen wird.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Gibt es noch weitere Fragen? Das sieht nicht so aus. Damit ist die Fragestunde beendet. – Wir fahren weiter bei

Traktandum 4,

wo wir stehen geblieben sind mit der Detailberatung von Geschäft 3753. Gibt es aus dem Rat noch allgemeine Voten zur Detailberatung?

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Nur noch eins von meiner Seite zu diesem Quartierplan. Der haushälterische Umgang mit der Baufläche hat halt wirklich erste Priorität. Und trotz allen guten Zielen dieses Quartierplanes – so kann ich ihm auch nicht zustimmen.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Wir fahren weiter mit der Lesung des Quartierplanreglements.

[**Stimmzähler Thomas Pfaff** ruft die Paragraphen einzeln auf, **Ursula Pozivil**, 2. Vizepräsidentin, stellt die Wortmeldungen fest]

Seite 1, § 1 Zweck der Planung

keine Wortmeldung

§ 2 Geltungsbereich und Inhalt

keine Wortmeldung

§ 3 Art der baulichen Nutzung

keine Wortmeldung

Seite 3, § 4 Mass der baulichen Nutzung

keine Wortmeldung

Seite 3 / 4, § 5 Lage, Grösse und Gestaltung der Bauten

keine Wortmeldung

Seite 5, § 6 Nutzung und Gestaltung des Aussenraumes

Dr. Guido Beretta, Präsident VPK: Die VPK schlägt Ihnen hier eine Anpassung vor. Es geht um den Absatz 8, öffentliche Beleuchtung. Dort heisst es rechts in der grau unterlegten Spalte, in der Kommentarspalte: „Für die Beleuchtung im Aussenraum sind die Empfehlungen der Vollzugshilfe Umwelt des BUWAL zu berücksichtigen“. Die VPK schlägt Ihnen vor, den Begriff „zu berücksichtigen“ zu ersetzen durch „verpflichtend“. Die VPK möchte, dass die Aussenraumbelichtungsvorschriften so eingehalten werden.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: lässt über den Antrag der VPK abstimmen.

://:

Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen

Seite 6, § 7 Unterhalt und Pflege des Aussenraums

keine Wortmeldung

§ 8 Erschliessung

keine Wortmeldung

Seite 7, § 9 Parkierung

keine Wortmeldung

Seite 7 / 8, § 10 Ver- und Entsorgung

keine Wortmeldung

Seite 8, § 11 Lärmschutz

keine Wortmeldung

Seite 8 / 9, § 12 Realisierung

keine Wortmeldung

§ 13 Schlussbestimmungen

keine Wortmeldung

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Gibt es noch Wortmeldungen? Sonst wäre damit die erste Lesung dieses Quartierreglements abgeschlossen. – Wir fahren weiter mit Traktandum Nr. 5

332 5.07.010 Budget

Traktandum 5

Motion Alice Märky, FDP-Fraktion, vom 03.12.2007, Eingang ER: 11.12.2007,

**betreffend „Generelle Aufgabenprüfung“ für Allschwil
Geschäft 3761**

Alice Märky, FDP-Fraktion: Wir möchten die Geschäfte 3761 und 3762 eigentlich mit den gleichen Argumenten bringen. Das heisst, das Geschäft 3761 betrifft hauptsächlich den Einwohnerrat, und das 3762 hauptsächlich den Gemeinderat. Zuerst einmal möchten wir herzlichen Dank aussprechen, dass der Gemeinderat die Motion sowie das Postulat entgegennimmt. Jetzt zu unseren Gedanken, die wir uns gemacht haben. In vielen Gemeinden der Umgebung sinkt der Gemeindesteuersatz, aber wir haben nicht die kleinste Reserve. Bei uns ist jede Vorlage eine Gratwanderung zwischen Schuldenberg und Steuererhöhung. Und gemäss dem letzten Finanzplan, den wir zur Kenntnis genommen haben, leuchtet uns eine düstere Finanzperspektive entgegen. Die FDP findet, dass wir alle Verantwortung tragen, dass in der nächsten Zeit unser Finanzhaushalt in Ordnung kommt. Alle Vorlagen werden auch von uns genauestens überprüft, um die jeweilige Situation abzuschätzen, und vor allen Dingen zu sagen, ist es „nice to have“, oder ist es einfach eine absolute Notwendigkeit. Das, was wir eigentlich möchten, dass wir einsparen könnten, betrifft ganz bestimmt alle Departemente. Und ich glaube, wenn man da genau über die Bücher geht, kann man sicherlich etwas finden. Denn wir wollen ja eigentlich für unsere Zukunft, dass unsere Finanzlage sich verbessert. Unser Anliegen haben wir hier eigentlich deutlich dargestellt, und ich hoffe, wir können diese Vorlage auch mit eurer Unterstützung überweisen.

Gemeinderätin Nicole Nüssli, Vorsteherin Departement Finanzen – Steuern: Beide Vorstösse, die Motion wie auch das Postulat, stossen beim Gemeinderat offene Türen ein. Ich durfte Ihnen bereits bei der Präsentation des Finanzplanes 2008 bis 2012 aufzeigen, dass der Gemeinderat gewillt ist, und das auch bereits tut, eine Leistungs- und Aufgabenüberprüfung an die Hand zu nehmen. Das vor allem im Hinblick auf die finanzielle Entwicklung, vor allem auf die voraussichtliche Entwicklung ab dem Jahr 2010. Der Gemeinderat ist aber auch bereits daran, diese Überprüfung zu machen, und zwar im Rahmen der Bearbeitung des Voranschlages 2009. In diesem Sinn ist der Gemeinderat bereit, diese Vorstösse entgegenzunehmen.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Die CVP ist für Ablehnung.

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion: Auch die SP/EVP-Fraktion ist für einen Gegenantrag, nämlich Nichtüberweisung dieser Motion. Gründe: Eine Motion, und das sollte die FDP-Fraktion eigentlich wissen, ist in erster Linie dazu da, entweder eine Änderung der Geschäftsordnung, einen Reglementserlass, eine Änderung eines Reglements oder einen Erlass über einen Einwohnerratsbeschluss herbeizuführen. Das ist in keinem Fall erfüllt. Ich möchte darauf hinweisen, dass das für die Motion gilt. Das Postulat hat ja den genau gleichen Wortlaut. Auch dort sind wir für den Gegenantrag. Ich bringe das einfach jetzt gerade an und rede dafür nachher nicht mehr. Was auf Bundesebene geht, eine Aufgabenüberprüfung, und was auf Kantonsebene geht, nämlich eine Aufgabenüberprüfung, wenn der Bund gesagt hat: Wir machen es nicht mehr, das geht auf Gemeindeebene nur insofern, dass man sagt, diese Leistung verschwindet. Jede Leistung, die hier zur Diskussion steht oder zur Diskussion gestellt wird, verschwindet. Die übernimmt niemand anderes. Weder der Kanton noch der Bund sagen dann plötzlich: Okay, wir machen es halt. Und da müsste man sich schon gut überlegen, was für Leistungen man da in Allschwil noch könnte verschwinden lassen. Denn: die Attraktivität steht auf dem Spiel. Ich weiss nicht, wo die FDP-Fraktion da noch irgendwelchen Spielraum als „nice to have“ sehen kann bei dem dünnen Programm, das wir haben. Wir sind sehr stark verpflichtet mit gewissen Sachen, und wenn man jetzt ein paar Tausend Franken irgendwo an einer Leistung herumschraubt – ein paartausend Franken, bei dem, was uns in den nächsten 10 Jahren an Finanzen erwartet – ich glaube, das ist ein bisschen blauäugig. Denn da verkennt ihr einfach die Grössenverhältnisse. Was bringt es, einen kleinen Beitrag zu streichen, was jedoch in einem grossen Beitrag überhaupt nicht möglich ist? Wir reden hier nicht von Hunderttausenden Franken, die wir plötzlich zum Verschwinden bringen können. Sonst müssen wir die Schulen auslagern, oder etwas ähnliches. Und die kleinen Beträge, die haben wir alle in den letzten paar Jahren überprüft, der Gemeinderat und wir hier drin haben es mit mehr oder weniger Begeisterung entgegen genommen oder überwiesen oder zur Kenntnis genommen. Aus dem Grund sind wir gegen eine Überweisung von beiden Vorschlägen. Wir verweisen wiederum darauf, dass es eine wirkungsorientierte Verwaltung gibt. Das heisst, mit einem Leistungspostulat kann man jede Leistung bereits jetzt schon in Frage stellen. Und da gebe ich dir Recht, Alice Märky, da sind wir Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte in der Pflicht, und da können wir auch jeden Sommer diese Leistungspostulate eingeben, und dürfen im September darüber abstimmen. Wir von der SP sind aktiv in der Hinsicht. Wir werden jede Leistung immer wieder überprüfen

und sagen, was wir daran geschräubelt haben möchten. Und als Vorschlag: Macht das doch auch! Aber das ist natürlich in der Aufgabenkompetenz jedes einzelnen Einwohnerrates und jeder Einwohnerrätin. Und insofern denke ich mir, sind diese Sachen eigentlich schon gegeben und müssen nicht mehr länger diskutiert werden. Ich erachte das Postulat und die Motion fast ein bisschen als überflüssig, nebst dem, dass Nicole Nüssli ja jetzt wieder zu Protokoll gegeben hat, dass der Gemeinderat von sich aus schon an jeder Leistung überprüft, ob da noch etwas zu machen ist oder nicht. Aber versprecht euch keine Hunderttausende, die wir da noch einsparen. Es sind kleine Sachen, und ob das lohnt, das ist dann die andere Frage.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Es liegen also zwei gleich lautende Gegenanträge vor. Von dem her ist jetzt die Diskussion offen.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Die CVP ist mit der FDP der gleichen Meinung: Mit unseren Finanzen muss etwas geschehen. Auch bei uns läuten die Alarmglocken. Ab dem Jahr 2010, es ist bereits erwähnt worden, zeigt unser Finanzplan wirklich, ich sage es nicht gern, tiefrote Zahlen. Trotzdem lehnen wir die beiden Vorstösse der FDP ab. Wir finden, diese Vorstösse schiessen über das Ziel hinaus. Sie verursachen erstens unserer Verwaltung einen riesengrossen Arbeitsaufwand, und zweitens fallen sie genau in den Zeitpunkt hinein, wo das Budget und der Finanzplan erstellt werden. Das Wort „GAP“ tönt natürlich irrsinnig gut, und ich habe dann auch im Internet geschaut, habe eingegeben „GAP Landrat“, und dann kam erst einmal ein 7-seitiges Protokoll. Am Schluss dieser 7 Seiten – das ist übrigens am 9. Juni 2005 behandelt worden – am Schluss dieses Protokolls hat es einen Link „Fortsetzung dieses Geschäfts“. Wenn man diesen Link auswählt, kommen die nächsten 7 Seiten Protokoll, und am Schluss von diesen 7 Seiten wieder ein Link, und dann nochmals 6 Seiten. Meine Damen und Herren, es ist im Landrat im Jahr 2005 sehr heftig über GAP diskutiert worden. Und Herr Morat hat es gesagt: Es gibt eine Verschiebung, und wir können nicht mehr weiter verschieben. Also der Kanton hat da bei der GAP absolut Leistungen auf uns herunterdelegieren können, und wir sind jetzt einfach am Schluss. Und bei uns geht es dann einfach nur noch ums Streichen. Diese Protokolle haben uns in unserer Meinung bekräftigt, und zudem – das hat Herr Morat auch schon gesagt, er ist mir halt jetzt einfach ein bisschen zuvorgekommen, macht nichts, Christoph – aber ich möchte es doch noch erwähnen, meine Damen und Herren: Wir Einwohnerräte haben hier drin die Möglichkeit der Instrumente Leistungspostulat und Budgetpostulat. Wenn wir also wirklich etwas verändern wollen, dann können wir das mit diesen Instrumenten. Im Weiteren haben wir, in der Medieninformation vom 28. November 2007, eigentlich auf dem Tisch des Hauses ein Versprechen unseres Gemeinderates, dass er die Struktur- und Leistungsüberprüfung laufend und nachhaltig überprüfen will. Meine Damen und Herren, das reicht mir. Ich bin der Meinung: Lassen wir doch jetzt den Gemeinderat und die Verwaltung an einem Budget 2009 arbeiten und an einem Finanzplan. Und sie sollen ihre Kräfte voll und ganz einsetzen; nicht ein weiteres Papier kreieren, das einen schönen Namen hat, aber für mich ein riesengrosser Papiertiger ist.

Basil Kröppli, SVP-Fraktion: Wir von der SVP-Fraktion sind ganz klar für die beiden Vorlagen, für die Motion und für das Postulat. Wir finden das sehr sinnvoll. Wir sind aber ehrlich. Wir erwarten uns davon auch nicht wahnsinnige Wunder, da müssen wir ehrlich sein. Kurt Kneier sagte vorhin, das werde die Verwaltung nur unnötig beschäftigen, es werde einen Riesenaufwand geben, und es werde nichts dabei herauskommen. In dem Sinne verstehe ich nicht ganz, warum der Gemeinderat dann offenbar bereit ist, so etwas anzunehmen, was die Verwaltung nur unnötig beschäftigt und nichts dabei herauskommt. Also von dem her geht die Argumentation von Kurt Kneier nicht ganz auf. Ich möchte noch zwei Sachen einfügen. Es ist auch schon angesprochen worden. In Allschwil haben wir NPM, respektive WOV, wo der Einwohnerrat ziemlich genau festlegen kann, was für Leistungen die Gemeinde anbietet und zu welchem Preis. Also das wäre natürlich ein Instrument, womit der Einwohnerrat schon jetzt steuern könnte. Wir haben ferner die Budgetpostulate – bis jetzt hat das auch funktioniert. Und ich möchte noch anfügen: Eine Steuersenkung wäre natürlich auch eine generelle Aufgabenüberprüfung, das ist klar, da ist der Staat gezwungen, Aufgaben zu überprüfen. Wir wissen alle, dass das nicht mehrheitsfähig ist hier drinnen. Aus dem Grund sagen wir jetzt zu dem wenigsten einmal ja, erwarten aber nicht all zu viel.

Siro Imber, FDP-Fraktion: GAP ist in erster Linie ein Verfahren. Basil Kröppli hat uns die Mittel, die wir haben, aufgezeigt. Und das Problem dieser Mittel ist, dass sie jeweils über das Jahr verteilt kommen und die Gesamtschau fehlt. Durch das erreichen wir nicht, dass wir... Wir haben das in der FDP selber gemacht. Wir haben uns hingesetzt und haben geschaut, was können wir für Leistungen überprüfen, wo können wir vielleicht Einsparungen tätigen. Man hat dann da ein Ecklein, dort ein Ecklein, und diskutiert dann jeweils um das einzelne Geschäft und vergisst dabei die Gesamtschau. Ich möchte sagen, es gibt keine Alternative zu einer Aufgabenüberprüfung; denn sonst haben wir Schuldenwirtschaft oder Steuererhöhung. Und die CVP hatte gesagt, anlässlich der Diskussion des Budgets und des

Finanzplanes, sie wolle keine Steuererhöhung. Ihr gebt immer wieder gern Geld aus – wie wir alle hier drinnen, wir erliegen dem immer wieder, darum brauchen wir ja dieses Verfahren – und auf der anderen Seite wollt ihr keine Aufgabenüberprüfung. Das heisst schlussendlich, dass es dazu führt, dass wir eine Schuldenwirtschaft haben. Und bei der SP führt es wahrscheinlich dazu, dass wir eine Steuererhöhung haben. Und darum müssen wir wirklich Sorge tragen zu unseren Finanzen, und es gibt leider nur diese 3 Alternativen: Aufgabenüberprüfung, Steuererhöhung oder Schuldenwirtschaft. Und die FDP ist der Ansicht, dass wir eine Steuererhöhung sicher nicht brauchen können, sondern eher eine Steuersenkung brauchen wie alle anderen Gemeinden – das ist sehr wichtig für die Attraktivität unserer Gemeinde. Zweitens sind wir der Meinung, dass diese Schuldenwirtschaft sicher nicht weitergehen kann; wir sind jetzt schon eine der höchstverschuldeten Gemeinden. Andere Gemeinden haben Vermögen, das sie verwalten können, wir haben Schulden, die wir verwalten müssen. Und darum sehen wir als einzigen Ausweg eine generelle Aufgabenüberprüfung. Jetzt noch zum Verfahren: Wieso eine Motion und ein Postulat? Es braucht einfach beides, weil sie unterschiedliche Aufträge geben. Wir können nicht – also wir könnten schon, aber der Gemeinderat wäre dann nicht daran gebunden, es zu tun – mit einem Postulat fordern, dass der Gemeinderat in unserer Kompetenz liegende Sachen, zum Beispiel eine Revision eines Reglements oder der Gemeindeordnung, durchführt. Sondern das müssen wir in Form einer Motion machen. Wir können aber, als politisches Mittel, den Gemeinderat einladen, in seinem Kompetenzbereich Massnahmen zu ergreifen; und dafür ist das Postulat. Also müssen wir beide Instrumente haben. Denn schlussendlich kann es ja nicht nur sein, dass der Gemeinderat in seinem Kompetenzbereich weitere Aufgabenüberprüfungen vornimmt, was sie ja jetzt bereits tun und wo sie daran sind. Sondern auch in unserem Aufgabenbereich, also sprich bei den Reglementen, müssen wir eventuell Anpassungen vornehmen. Und deswegen braucht es beide Instrumente, um dann einen wirksamen Bericht vorzulegen.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung über die beiden Anträge. Wir stimmen sie zusammen ab. Beide lauten ja auf Nichtüberweisung. Wer also für

Nichtüberweisung der Motion, Geschäft Nr. 3761

ist, möge dies durch Handerheben bezeugen

://:

Mit 23 Ja bei 13 Nein wird dem Antrag auf Nichtüberweisung zugestimmt.

333 5.07.010 Budget

Traktandum 6

**Postulat Alice Märky, FDP-Fraktion, vom 03.12.2007, Eingang ER: 11.12.2007, betreffend „Generelle Aufgabenprüfung“ für Allschwil
Geschäft 3762**

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Es liegt jetzt noch das Postulat vor. Gibt es dazu noch weitere Voten? Sonst gibt es dazu wieder zwei Anträge von SP und CVP, die gleich lauten auf Nichtüberweisung. Wer für

Nichtüberweisung des Postulats, Geschäft Nr. 3762

ist, möge das durch Handerheben bezeugen.

://:

Mit 23 Ja bei 13 Nein wird dem Antrag auf Nichtüberweisung zugestimmt.

334 02.030 Ausländer

Traktandum 7
Postulat Sarah Lorenz Borer, CVP, vom 20.06.2007, zu den Auswirkungen
der neuen Integrationspolitik von Bund und Kanton auf die Gemeinde
Allschwil
Geschäft 3738

Sarah Lorenz, CVP-Fraktion: Aus dem Postulat geht ja hervor, was gemeint ist. Ich möchte das jetzt nicht mehr wiederholen. Ich möchte Sie einfach bitten, das Geschäft zu überweisen, damit der Gemeinderat berichten und prüfen kann, wie die Gemeinde Allschwil die neue Integrationspolitik umsetzen will, und welche Kosten dabei der Gemeinde entstehen.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Der Gemeinderat ist für Entgegennahme dieses Postulats. Gibt es Gegenantrag?

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion stellt den Antrag auf Nichtüberweisung. Sie erachtet den Inhalt eigentlich als überflüssig auf Gemeindeebene.

Giulio Vögelin, SP/EVP-Fraktion: Das Postulat findet Zustimmung bei der SP/EVP-Fraktion aus dem einfachen Grund, weil der Kanton das Integrationsgesetz samt der Verordnung auf den 1.1.08 in Kraft gesetzt hat. Es ist das Prinzip „fordern und fördern“ darin enthalten, das dahinter stehende Ziel der Chancengleichheit ist auch formuliert. Und die Bemessung der finanziellen Unterstützung, die der Kanton den Gemeinden gewährt, ist auch abhängig davon, was die Gemeinde jeweils bereit ist, dafür hinzulegen und anzubieten. Und das heisst, es ist ein gemeinsames Funktionieren, und dann ist es sicher mehr als recht, wenn der Gemeinderat einmal schaut, wie sich das eigentlich finanziell auswirkt.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Es gibt keine Wortmeldungen mehr. Wir stimmen daher über den

| |
|--|
| Antrag von Herrn Dr. Guido Beretta auf Nichtüberweisung des Postulats, Geschäft Nr. 3738 |
|--|

ab.

://:

Der Antrag wird mit 28 Nein bei 7 Ja abgelehnt.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Damit ist das Postulat überwiesen.

335 12.600 Öffentlicher Verkehr

Traktandum 8
Dringliches Postulat Mathilde Oppliger / Felix Keller-Maurer, CVP-Fraktion vom
12.09.2007, betreffend Einführung Gemeinde-Tageskarte
Geschäft 3747

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Die Gemeindetageskarte ist ein sehr beliebtes Angebot in der Bevölkerung. Im Kanton Baselland bieten schon zurzeit 19 Gemeinden diese Karte an. Darunter hat es auch Gemeinden wie Reinach, Liestal, Pratteln und so weiter, also auch grössere Gemeinden. Ich möchte Ihnen gerne anhand von Folien zeigen, wie das geht, was das kostet, und wie man die Karte reservieren kann. Ich möchte Ihnen die Übersicht zeigen, Schweiz, dann Baselland, Reservationssystem, Auslastung, Administration, Kosten-Nutzen, und dann eine Zusammenfassung. Auf Folie 2 sieht man das Reservationssystem der SBB. Also über die Internetadresse www.tageskarte-gemeinde.ch kommt man auf die Homepage. Dann hat es zuerst alle Kantone, dann kann man auf Baselland klicken. Dort hat es

dann links alle Gemeinden, die so eine Karte haben. Dann kann man anklicken – zum Beispiel Reinach – dann kommt man auf diese Homepage, und dort sieht man die Auslastung. Also es ist allermeistens auf fünf Tage hinaus alles ausgebucht. Man sieht auch, wie viele Karten noch erhältlich sind – dort, wo es grün ist – die kann man dann also reservieren. Man kann auch in einer anderen Gemeinde reservieren. Es ist also nicht gesagt, wenn jetzt zum Beispiel Allschwil Karten hätte, und die gehen nicht weg, könnte auch Schönenbuch die holen – aber zu einem höheren Preis. – Mit dem nächsten Klick kommt man dann auf die Homepage dieser Gemeinde, und da sieht man dann ganz genau, wie es ausgebucht ist. In dieser Gemeinde hier ist der ganze Februar ausgebucht. Nebendran kann man dann seine Personalien eintragen und dann gerade direkt auf der Gemeinde buchen. Typischerweise haben die Gemeinden zwei oder mehr Karten anzubieten. Die Tageskarten werden nicht per Post zugestellt, die muss man abholen und sie müssen bar bezahlt werden. Es hat immer pro Tag eine Karte, oder zwei, und da steht dann das Datum darauf, und man muss sie dann an dem betreffenden Tag nehmen. Also für die Gemeinde besteht da überhaupt kein Risiko. – Hier sieht man jetzt so eine Seite einer Gemeinde, wie sie zum Beispiel auch unsere Gemeinde machen könnte. – Das sind die Kosten und Bedingungen der SBB: Die SBB verlangt für so eine Karte 9'775 Franken. Es ist für 2. Klasse gedacht. Man kann auch einen Tagesklassenwechsel vornehmen. Und innerhalb etwa zehn Tagen kann man so eine Karte erhalten, wenn die Gemeinde die Bestellung aufgibt. Und unbenutzte Karten verfallen; die kann man dann nicht zurückgeben. – Das ist die Kosten-Nutzen-Rechnung. Also so eine Tageskarte kostet 9'775 Franken. Wenn eine 75-prozentige Auslastung herrschen würde zu 35 Franken, dann würde die Gemeinde 9'581 Franken einnehmen, sie hätte also einen kleinen Verlust von 190 Franken. Die Auslastung ist aber in der Regel 90 % und höher. Dann würde die Gemeinde also einen kleinen Gewinn machen, dann würde sie also 11'497 Franken einnehmen. Wenn jetzt aber auch einmal Auswärtige so eine Karte kaufen würden, so zahlen die dann 40 Franken, und das ist hier nicht inbegriffen. – Also es ist ein ganz einfaches Reservationssystem. Man kann es telefonisch machen oder online per Internet auf dieser Adresse. Man muss die Karte aber auf der Gemeinde abholen und dort auch gerade bar bezahlen. Der administrative Aufwand ist gering. Der Beliebtheitsgrad in der Bevölkerung ist hoch. Die durchschnittliche Auslastung ist in allen Gemeinden mehr als 90 %. Es besteht eine positive Kosten-Nutzen-Rechnung für die Gemeinde. Wir stellen den Antrag auf Anschaffung von zwei Gemeindetageskarten. Wir sind sicher, dass dieses Angebot von Gemeindetageskarten in unserer Bevölkerung auf grosses Interesse stossen würde. Liebe Kolleginnen und Kollegen, für einmal könnte die Gemeinde ein Angebot machen, das kostenneutral ist und der Wohnbevölkerung einen positiven Eindruck der politischen Kräfte in der Gemeinde vermitteln könnte. Wenn ihr dem Postulat zustimmt, so gilt das einmal für ein Jahr. Nach einem Jahr kann man dann wieder über die Bücher gehen und dann weiter entscheiden. Ich möchte euch bitten, dieser Vorlage eine Chance zu geben und dem Postulat zuzustimmen. Und falls es angenommen wird, möchte ich den Gemeinderat bitten, dass er vielleicht baldmöglichst diese Karte anschafft, und dann auch in den Medien der Bevölkerung bekannt macht, dass so etwas bei uns erhältlich ist.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber (in Vertretung von Gemeinderätin Saskia Schärer, Vorsteherin Departement Einwohnerdienste – Sicherheit): Wir haben beim Workshop in Murten das Thema auch bereits erörtert. Es ist dort von der Verwaltung aus traktandiert worden als mögliche Einnahmenquelle. Nach eingehender Diskussion kam der Gemeinderat zum Schluss, dass man solche Karten nicht anschaffen wolle. Das Hauptargument ist, dass wir den administrativen Aufwand fürchten, den man mit dem Ganzen auslösen würde. Wir sind ein Stück weit gebranntes Kind – obwohl das System nicht genau vergleichbar ist – mit den Generalabonnements, die wir auf der Gemeinde hatten. Ich weiss, es ist nicht vergleichbar, aber nichtsdestotrotz: Sehr viel Publikumsverkehr, sehr viel Ärger, sehr viele Rückfragen, viele Reklamationen, die wir damals einstecken mussten, was dann auch dazu führte, dass diese Generalabonnements nachher auf der Gemeinde nicht mehr bezogen werden konnten. – Hier ein anderer Ansatz mit dieser Karte, und auch da muss ich sagen, es gibt offenbar einen kleinen Gewinn, der realisiert werden kann, aber die Homepage und die Betreuung der Leute, die diese Karten abholen kommen, haben uns trotzdem dazu bewogen, da einen Antrag auf Ablehnung zu stellen.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Ich möchte nur noch festhalten, dass die Generalabonnements, die es früher gab, ein total anderes System hatten. Es hat auf der Gemeinde etwa zwei oder drei Generalabonnements gehabt, und dann konnte man die am Morgen abholen, musste sie aber am gleichen Abend irgendeinem Menschen, der sie am anderen Tag gebucht hatte, bringen. Das war halt ein total anderes System. Heute kaufen die Leute diese Karte, sie zahlen sie gerade, sie nehmen sie mit, und das Risiko liegt nachher bei dem, der sie hat. Die kommen nachher nicht mehr auf die Gemeinde. Also ich finde, das ist administrativ kein so riesiger Aufwand. Auch die Gemeinde kann das ja übers Internet machen. Und denen, die telefonisch buchen, kann man ja auch sagen, ob es noch eine hat, und dann

können sie buchen und vorbeikommen. Also ich glaube, der administrative Aufwand wird nicht so gross sein wie bei diesen GAs, die ihr hattet.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte nur generell etwas sagen, und zwar etwas, das mich befremdet, eher eine Bemerkung als ein Votum. Es sind jetzt zum wiederholten Mal Interna aus diesem Workshop in Murten wieder als Vorstoss der bürgerlichen Parteien aufgetaucht. Heute haben wir schon zwei Beispiele gehört, nämlich das mit dieser GAP und mit diesen Tageskarten. Es befremdet mich ein bisschen, dass immer wieder solche Interna auftauchen als Vorstösse.

Jean-Jacques-Winter, SP/EVP-Fraktion: Ich denke, wenn ich vor 8 Jahren, als wir noch dort drüben sasssen, so eine Präsentation hätte bringen können, damals fürs Generalabonnement, dann hätte man das damals vielleicht nicht abgeschafft hier drinnen. Es ist nämlich abgeschafft worden im Programm eines riesengrossen Sparbogens, ähnlich wie auch Textilkurse etc. und Kochkurse. Kurz zu den GAs von damals: Die waren ja sehr geschätzt. Du sagtest, Mathilde Oppliger, es sei kompliziert gewesen. Aber ich weiss, sie sind wirklich genutzt worden – leider sehr oft eben auch durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung für Ausbildungsfragen, für Kurse, für Seminare. Wir von unserer Seite sind ganz klar der Meinung, Mathilde Oppliger, wir unterstützen euch. Wir finden es eine gute Sache, das umsetzen zu können. Es wird geschätzt. Es wird sicher genutzt werden. Und ich behaupte salopp sogar, dass diese Sachen wirklich Frucht tragen werden, und dass die Gemeinde nicht darauf sitzen bleiben wird. Wichtig ist die Bekanntmachung. Es liegt an uns allen hier drinnen, nicht nur an der Verwaltung, und ich bin gespannt auf den Bericht des Gemeinderates. Wir werden euch, halt auf der falschen Seite dieses Mal, wir wären dort drüben gewesen, als wir es behalten wollten und ich bin froh, dass es wieder kommt, wir machen dort weiter.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich kann ganz klar sagen, das ist eine gute Sache mit dieser Tageskarte. Denn die ist gebunden an eine Leistung des Benutzers. Der bekommt es nicht einfach gratis und hat jetzt Glück, weil er der Schnellste ist, und es wird auch nicht gemauschelt. Es ist das zu sagen: Das GA hat ja die Gemeinde nur Geld gekostet, und ist mittlerweile ja auch von der SBB abgeschafft und durch diese Gemeindetageskarte ersetzt worden. Und wenn wir den Preis dieser Gemeindetageskarte anschauen, dann müssen wir ganz klar sehen: Jeder, der ein Halbtaxabonnement hat, profitiert bereits, wenn er diese Gemeindetageskarte holt, denn die ist billiger, als wenn er es kaufen muss. Und ich würde es nicht verstehen, wenn die Gemeinde auf dieser Tageskarte sitzen bleiben würde. Ich habe mal eine Berechnung angestellt und herausgefunden, dass man pro Woche eine Karte liegenlassen könnte, dann wäre es immer noch kostendeckend. Also sechsmal müsste eine verkauft werden. Und ich denke, bei der Bevölkerungszahl, die wir in Allschwil haben, ist das absolut kein Problem. Und vor allem können Auswärtige sie ja auch beziehen. Das Ganze läuft ja, wie Mathilde Oppliger es auf einer Folie gezeigt hat, über ein Reservationssystem, das der Gemeinde zur Verfügung gestellt wird. Und die Karte muss ja nur noch abgeholt werden auf dem AllService. Und dieser AllService ist ja in meinen Augen sicher nicht so überlastet, dass zusätzliche Kosten entstehen würden, wenn sie noch so ein Kärtchen herausgeben müssten. Und es ist ja auch so, dass man mehrere Karten auf einmal beziehen kann, man holt dann meistens ja zwei Karten. Deshalb sollten wir auch zwei Bündel haben, denn meistens geht man ja mit dem Partner weg. Und man kann es schon lange im Voraus planen. Und wenn man es beobachtet im Internet: Es wird wirklich rege genutzt, und diverse Gemeinden stocken dauernd auf. Und das Tolle an diesem Produkt ist, man kann jederzeit neu beginnen. Es ist nicht ein Kalenderjahr von 1. Januar bis 31. Dezember. Also wenn die Gemeinde merkt, dass das wirklich super läuft, dann kann sie sagen: Also, ab August nochmals ein Bündel. Und dann läuft das ab 1. August – oder auch ab dem 13. August, egal, wie man es will – dann läuft es einfach zwölf Monate. Man kann aber jederzeit auch nicht mehr beziehen, wenn es wirklich nicht funktionieren würde. Und ich finde, das ist jetzt ein kleines Risiko, aber eine grosse Dienstleistung, die man anbieten könne.

Alice Märky, FDP-Fraktion: Die Befürchtungen, die wir haben, betreffen einfach den administrativen Aufwand. Denn, gut, es geht schon übers Internet, aber jemand muss das ja immer wieder bedienen. Und die jemand muss die Telefone bedienen, auf denen jemand anruft. Gut, ich weiss, dass sehr viele von diesen Tageskarten übers Internet gebucht werden. Aber wie ist es mit Leuten, die gar kein Internet haben? Haben die überhaupt noch einmal eine Chance, zu solchen Billetts zu kommen? Also ich sehe eher Befürchtungen, dass der administrative Aufwand doch eigentlich sehr hoch sein wird.

Samuel Champion, SD-Fraktion: Ich kann mich der Frau Märky weitgehend anschliessen. Ich sehe den Aufwand auch ziemlich hoch. Wir haben diese Übung ja schon mal gemacht mit den GAs, und die sind nicht so weit weg von dem, was jetzt wieder vorgeschlagen wird. Damals ist es ja sehr negativ herausgekommen. Wenn jemand Gewöhnliches so ein GA wollte, hat er es sicher nicht bekommen, und die bevorzugten Leute konnten sie dort abholen und reservieren; und hier wird es wieder ähnlich herauskommen. Ich bin dagegen, dass man da wieder neue Sachen einführt. Gerade wenn man sparen will, passt das gar nicht zusammen.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion: Der Gemeinderat ist dagegen, er fürchtet den administrativen Aufwand. Gleiches äussert auch Alice Märky. Aber schauen wir doch, wie der Antrag lautet: Der Antrag lautet nicht auf Anschaffung. Von dem her muss ich Mathilde Oppliger enttäuschen, sie wird die Karten nicht sofort bekommen. Ihr Antrag geht auf „prüfen und berichten“. Geben wir doch dem Gemeinderat die Chance, uns zu berichten, wie denn dieser administrative Aufwand aussieht. Er soll uns bitte aufzeigen, dass der All Service das nicht machen kann zu den üblichen Öffnungszeiten. Der AllService hat bereits eine Kasse – eine Bar-Kasse. Ich sehe den Aufwand wirklich nicht. Aber ich bin gerne bereit, den Bericht vom Gemeinderat abzuwarten, der uns aufzeigt, dass das ein derartiger Riesenaufwand ist – wohingegen offenbar 19 andere Gemeinden im Baselbiet anderer Meinung sind. Darum möchte ich Sie bitten: Überweisen Sie dieses Postulat, und dann hat der Gemeinderat die Chance, uns zu zeigen, dass Allschwil so viel komplizierter ist als die anderen 19 Gemeinden, dass es in Allschwil nicht möglich ist. Auf diese Antwort, lieber Gemeinderat, auf die bin ich gespannt. Ich bin überzeugt, wir werden demnächst auch solche Gemeindekarten anbieten können, weil es genau so einfach geht wie in den anderen 19 Gemeinden.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion: Ich habe heute Abend etwas gelernt. Christoph Morat hat uns erklärt, dass man Leistungen mit Leistungspostulaten streichen kann, dass man aber auch Leistungen mit Leistungspostulaten generieren kann. Und ich frage einfach die CVP, warum sie diesen Vorstoss nicht als Leistungspostulat deklariert, und wir dann darüber diskutieren können. Ich habe das auch aus dem Votum von Herrn Pfaff herausgelesen; er ist ja schliesslich auch ein begeisterter Anhänger dieser Idee der Leistungspostulate, wenn ich das richtig sehe.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung dieses Postulats. Wer dem zustimmen kann, möge das mit Handerheben bezeugen.

://:

Das Postulat wird mit 25 Ja bei 11 Nein überwiesen.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Wir fahren weiter und kommen zu:

336 06.091 Öffentliche Sicherheit

Traktandum 9
Postulat Josua M. Studer / Werner Schwarz / Susanne Studer, SVP,
vom 11.10.2007, betreffend Einführung einer Ausgangssperre
für Jugendliche unter 16 Jahren in der Zeit von 22 bis 06 Uhr
ohne verantwortliche Begleitung
Geschäft 3755

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: In diesem Zusammenhang möchte ich die Jugendlichen im Zuschauerraum ganz herzlich begrüssen. Es freut mich, dass sie für die Allschwiler Politik Interesse bekunden.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Herzlichen Dank, ihr dürft wieder absitzen, wir haben es gesehen. Es freut uns natürlich ganz fest, dass wir als SVP oft nicht mit unseren Ideen durchkommen, aber so viel

bewegen. Auch die Zeitungen sind voll. An der Fasnacht sind wir drangekommen. Das ist so geil – Entschuldigung für das Wort – das ist keine verbale Entgleisung, das ist ein Gefühl. Ich muss es so sagen: Oft wird das ja auch missverstanden. Wir möchten nicht jemanden böseartig schubladisieren. Wir finden, es ist eine Thematik, die angesprochen werden muss. Und deshalb sind wir für Eintreten, und bitten ganz fest, dass ihr die Möglichkeit bietet, dass wir über das Thema diskutieren können, auch wenn ihr gegen das Thema seid.

Gemeinderat Heinz Giger, Vorsteher Departement Bildung – Erziehung – Kultur: [begrüsst eingangs auch die Schülerinnen und Schüler des Sekundarstufe P, zwei 3. Klassen]. Ein ganz schönes Bild, Jugendliche in einem Einwohnerrats-Zuschauerinnen- und Zuschauersaal. Ein Bild, das selbstverständlich uns allen Freude macht. Und jede und jeder kann auf sich münzen, wieso Jugendliche hier drinnen sind. Ich freue mich, dass ihr Jugendliche, ihr Schülerinnen und Schüler, eure Interessen hier vertretet, dass ihr das ruhig tut, aber dass ihr es visualisiert. Ich komme auf die Haltung des Gemeinderates. Ich muss da ein wenig ausholen. Es sind unschöne Bilder, tatsächlich: Jugendliche, die alkoholisiert, ausser sich, frustriert und gewaltbereit Raum für sich beanspruchen, der ihnen so gar nicht zusteht. Wir kennen das auch in Allschwil. Es gibt Polizei, die einschreitet, Polizei, die verhaftet und verhört, Polizei, die letztlich belächelt wird, und allenfalls beschimpft wird. Was noch viel schlimmer ist, da sind ratlose Eltern, die ohnmächtig sind, Eltern, die eine ganz peinliche Situation erleben, wenn es darum geht, ihre Kinder, ihre betrunkenen oder verunfallten Kinder bei der Polizei abzuholen oder auf der Notfallstation. Es ist sehr schade, dass das immer wieder passiert. Und von dem her ist das Anliegen, das vertreten wird, nachvollziehbar. Es ist ein Problem, gegen das wir etwas tun müssen. Es ist schade, dass es das gibt. Am meisten ist aber auch schade, dass die wenigsten, die damit zu tun haben, sehen, dass an Grossveranstaltungen solche Auswüchse stattfinden, und vor allem an Grossveranstaltungen, wo es um Fussball, um riesige Partys geht, wo Leute mit dem Geld, das die Jugendlichen bringen, ihren – ich nenne das jetzt so – ihren Stutz machen. Sie zocken die Jungen ab. Das ist auch in Allschwil so. Es gibt das immer wieder – und das können wir, was auch immer wir tun werden, nicht verhindern. Es gibt immer diese Ausraster. Und es stellt sich ja nur eine Frage: Wie und mit welchen Mitteln, beziehungsweise mit welcher Verhältnismässigkeit eine Gesellschaft – also wir als politisch Verantwortliche, und da sehe ich den Einwohnerrat selbstverständlich auch als verantwortlich an – wie wir darauf reagieren. Wo wir ansetzen, wenn es um Hilfe geht. Es geht nämlich letztlich um dieses Thema. Es geht um Integration von Leuten, die nicht so sind, wie wir sie gerne hätten. Es geht um Ausgrenzung, um Ausgrenzung, von der der Gemeinderat findet, dass sie nicht sein sollte. Und es geht, wenn wir von Grenzen reden, darum, klare Grenzen zu setzen; und das muss jemand tun. Es geht also letztlich auch um den Begriff Erziehung. Und der Gemeinderat vertritt die Haltung, dass die Erziehung mit den Mitteln der Prävention angegangen und umgesetzt werden soll. Zusammen mit den Eltern, das ist ganz klar; mit den Jugendlichen, die betroffen sind; und mit den Jugendlichen, die sich jetzt so engagieren, die Interesse haben für sich selber; mit der Lehrerschaft; und mit all den Betreuenden in den Vereinen, die auch immer wieder sagen, dass sie die Jungen von der Strasse wegnehmen. Mit denen und mit den Betreffenden der Jugendorganisationen muss das Thema angegangen werden. Repression als Mittel sagt eigentlich nur eines: Aussperren, einsperren, absperren, Problem gelöst, alles ist erledigt. Es gibt kein Herumhängen mehr, es gibt keine Bierflaschen mehr, die herumliegen, keinen Vandalismus mehr, und auch keine betrunkenen Flegel mehr, die morgens um drei irgendetwas kaputt machen. Die Betrachtung, dass man es so lösen könnte, hat etwas Verlockendes, das gebe ich zu. Man könnte sagen: So, jetzt ist fertig lustig – einsperren und weg. Und mit Repression soll also erreicht werden, was Eltern, Erziehende, Betreuende und andere Verantwortliche in Vereinen und Institutionen nicht zu erreichen scheinen. So verlockend sie ist, diese Betrachtung – sie ist ein Irrläufer. Aus der Sicht des Gemeinderates wird es ein Irrläufer. Repression erzeugt in hohem Mass Aggression und Unverständnis. Es wird nicht möglich sein, mit Repression etwas zu lösen, wenn hintendran eine riesige Aggression aufgebaut wird. Repression ist von der Nachhaltigkeit her gesehen kein taugliches Mittel, um Integration, Sicherheit, die diese Jugendlichen auch wollen, Vertrauen, das sie haben müssen, zu erreichen. Repression wird für all das nicht eintreten können. Repression ist letztlich für unsere Gesellschaft etwas Schädliches. Und ich denke, es ist ganz wichtig, dass der Gemeinderat da Stellung nimmt und sagt: Wir setzen auf Prävention. Ja, was macht Allschwil? Allschwil macht viel, sehr viel sogar. Wir haben eine Unmenge an Vereinen, an Jugendorganisationen, den Robi, das Jugendfreizeithaus, ein facettenreiches Angebot, das vielen helfen kann, und das die allermeisten Jugendlichen in Allschwil nämlich auch nutzen. Und diese Zahlen muss man sich auch einmal anschauen. Dazu kommt, dass, vor allem in den Sommermonaten, das Jugendfreizeithaus eine mobile Gruppe hat, die zu den Jungen in die Parks hinausgeht, mit ihnen redet und auch mit ihnen in einen Diskurs kommt, wo es darum geht, diese Probleme miteinander zu besprechen. Also Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendfreizeithauses, die sich in Parks und Anlagen um Jugendliche kümmern. Dort ist Ausbaumöglichkeit vorhanden, vor allem in den Wintermonaten. Und dort geht es auch darum, dass man Konzepte ausarbeitet. Schliesslich möchte ich die Elternarbeit erwähnen, die etwas ganz Wesentliches ist, und die über die Schule auf allen

Stufen in den letzten zwei Jahren in grösserem Masse durchgeführt wurde, und wo auch die heissen Themen, die nicht nur die Eltern, sondern eben auch die Jugendlichen betreffen, angegangen wurden. Mit kompetenten Referentinnen und Referenten, die Hilfe anbieten konnten. Denn letztlich, ich sage das noch einmal, es geht um Hilfe auch bei den Erziehenden, und nicht nur bei den Jugendlichen. Viele Erziehende brauchen diese Hilfe, und die wird dort angeboten. Ich kann Ihnen auch sagen, dass der Gemeinderat auch dieses Jahr wieder im Herbst einen so genannten Dreigänger durchführen wird, wo auf allen Schulstufen wieder drei Themen behandelt werden – wo es um Handy, Missbrauch von Handy, von Internet und solche Themen geht, die sehr grosse Anliegen sind, und wo wir ganz klar sehen, dass die Elternarbeit die wichtigste Arbeit ist, damit wir auf Repression verzichten und mit Prävention arbeiten können. Nun noch ein kleiner Abstecher: Was macht Basel? Basel investiert viel Geld in die Jugendarbeit. Das ist vor noch nicht langer Zeit in der Basler Zeitung veröffentlicht worden. Es ist ein gutes Zeichen, dass der Grosse Rat die Subventionen erhöhen will, um im Bereich der Jugendarbeit, Elternarbeit – das, wovon ich vorhin sagte, dass Allschwil es auch in einem gewissen Rahmen macht – weiter investiert. Ein gutes Zeichen. Ich bin überzeugt, dass wir auch in Allschwil diesen Weg werden beschreiten können. Ein Letztes: Der Gemeinderat ist überzeugt, dass Prävention das bessere Mittel ist. Und er ist auch sicher, dass man mit Prävention nicht alles erreichen kann – und auch nicht alles verhindern kann, das wissen wir alle hier. Und vor allem die, die im Bereich der Prävention arbeiten, wissen, dass sich mit Prävention nicht alles lösen lässt. Prävention kostet auch Geld, und sie kostet Zeit, und sie kostet Nerven. Und man muss sehr viel von sich selber investieren. Aber: Prävention basiert auch auf Vertrauen in eine Jugend, eine Jugend, die heute nicht gleich aufwächst wie die, die etwa in meinem Alter sind, aufwachsen konnten – und zwischendurch übrigens auch mal eine Flasche Bier getrunken haben, mindestens. Also, eine Jugend, die es nicht einfach hat, erwachsen zu werden, wie wir sie uns wünschen, die braucht auch Hilfe, die braucht Anleitung im Sinne von Vorbild. Und sie braucht auch Anleitung im Sinne von Vertrauen schaffen, dass wir auf diese Jugendlichen zählen wollen. Denn sie sind letztlich das, was immer wieder gesagt wird, sie sind unsere einzigen Leute, die, wenn wir einmal 20, 30 Jahre älter sind, noch zu uns schauen werden. Also tragen wir Sorge zu den Jugendlichen. Der Gemeinderat ist überzeugt, wir müssen auf Prävention setzen, persönlich bin ich auch dieser Überzeugung, und ich bitte Sie, diese Haltung des Gemeinderates zu unterstützen und das Begehren abzulehnen.

Werner Schwarz, SVP-Fraktion: Wir Postulanten haben nichts gegen die Jugend. Im Gegenteil. Uns liegt die Jugend sehr am Herzen. Und ich weiss, dass solche Einschränkungen für die Betroffenen sicher nicht angenehm sind. Ich habe vorhin ein Schild gesehen: „Keine Kollektivstrafen!“. Stimmt, absolut richtig. Aber ich kann euch nur ein kleines Beispiel geben. Ich habe eine sechsjährige Tochter, und wenn ich mit dem Auto am McDonald's vorbeifahre, dann möchte meine Tochter immer in diesen McDonald's. Vielleicht jedes 10. Mal, wenn ich vorbeifahre, biege ich in diesen McDonald's ein. Aber weil ich das meiner Tochter neunmal verweigert habe, bin ich kein schlechterer Vater. Sondern ich mache mir Sorgen um meine Tochter, dass sie sich gut ernährt. Und so ist es auch mit euch Jungen. Wir wollen euch wirklich nicht einschränken. Aber leider mussten wir doch mit eigenen Augen feststellen, dass halt in Allschwil nicht alles so wunderbar abläuft, wie es unter den Jungen ablaufen sollte. Wir mussten feststellen, dass sehr viele Junge zu Alkohol greifen, dass sie kiffen. Ich finde es zum Beispiel hoch problematisch, dass man in den Wegmatten, das ist ein dunkler Park, abends kiffet. Wenn ein Junger einen Joint dreht im Dunkeln, oder ihn vorher schon gedreht hat, und euch den weiterreicht, oder denen, die rauchen wollen – die wissen nämlich gar nicht, was da für Substanzen drin sind. Ich habe mich aufklären lassen heute, da kann man Kokain und sonstige synthetische Mittel hineintun. Und dann bleibt es nicht beim Haschisch rauchen, sondern auf einmal haben die da Kokain konsumiert. Leider musste ich auch feststellen, und stelle es tagtäglich fest: den Vandalismus. Ich arbeite im Industriegebiet von Allschwil, und wenn ich da den Hegenheimerweg hinuntergehe, was sehe ich dort, vor allem am Montagmorgen: Abfall ohne Ende. Da werden Biergläser zerschlagen, und letztthin wurde die Brücke wieder besprayed, Parkschilder werden umgeworfen, und so weiter, und so fort. Bei uns im Quartier, letzte Woche, wurden einfach Gegenstände auf die Terrasse geworfen – Eier, Orangen, Feuerwerk, nicht nur wegen Fasnacht, auch vorher schon. Wir mussten feststellen oder selber sehen, wie Junge auf fremde Gegenstände einschlagen, mit einem Gewaltpotenzial, das uns Postulanten sehr erschreckt. Ich weiss, wir sind natürlich alles Damen und Herren im gesetzteren Alter. Wir sitzen am Freitag- und Samstagabend daheim, der Jacques macht einen Grill, und wir haben es eigentlich alle schön und denken, draussen ist eine heile Welt. Aber geht bitte abends schauen, gerade im Sommer, da werdet ihr feststellen, dass es eben nicht so ist. Was wir auch festgestellt haben: dass die Jungen, bevor sie in die Stadt gehen, sich regelrecht einen hinter die Binde hauen, entweder mit Alkohol oder mit Kiffen, damit sie schon etwas intus haben, damit, wenn sie in der Stadt sind – weil sie zu wenig Geld haben – schon auf einem gewissen Level sind. In Gemeinden, wo man diese Ausgangssperre eingeführt hat, hat man eigentlich nur positive Erfahrungen gemacht. Und es kommen monatlich neue Gemeinden dazu; die

letzte Gemeinde, die es einführt, wenn ich es recht weiss, war Kerzers. Man kennt das auch in anderen Ländern. In Liechtenstein hat man die Ausgangssperre eingeführt, in Vorarlberg, in Polen – ich könnte jetzt bis nach Thailand gehen. In den USA ist es sogar so, dass die Eltern bestraft werden, wenn die Kinder länger draussen sind und die Polizei sie aufgreift, dann bekommen die Eltern eine Busse bis zu 500 Dollar. Die Reaktionen auf dieses Postulat – ich wurde von fremden Leuten angesprochen im Migros Paradies, da sagte mir eine Frau: Ganz toll, dieses Postulat, denn wir brauchen das dringendst – sie hat zwei Kinder – unsere Tochter ist 14, und die will ausgehen bis am Morgen um 1 oder 2 Uhr. Und sie sagt natürlich von sich aus, das will sie nicht, und sie kommt da wirklich böse in den Clinch. Denn die Tochter sagt: Meine Kolleginnen können auch so lang ausgehen. Also es gibt auch Streitigkeiten innerhalb der Familien. Wir Postulanten wollen ja nur etwas: Das Postulat heisst „prüfen und berichten“. Und wenn das der Gemeinderat tun würde, prüfen und berichten, und der Gemeinderat etwa sagt, zu einem gewissen Teil haben die Postulanten Recht, aber er finde es schon extrem, dass sie schon um 10 Uhr daheim sein sollen, weil manche Fussball spielen gehen oder sonstige sportliche Aktivitäten machen, dann ist das okay, wenn der Gemeinderat sagt: Gut, erst ab 11 Uhr, und am Wochenende um 12 Uhr. Gut, ich möchte es nicht zu sehr gelockert haben, aber da möchten wir doch eigentlich das Postulat dem Gemeinderat übergeben, zum Prüfen und Berichten, nicht mehr und nicht weniger. Und dann können wir ja schauen, was wir damit anfangen möchten.

Basil Kröpfli, SVP-Fraktion: Zuerst eine kurze Bemerkung. Vorhin habe ich hier ein Plakat gesehen „Waren Sie nicht auch mal jung?“ Ich glaube, alle hier drin waren einmal jung. Ihr müsst wissen, wenn man Erwachsene fragt, ob sie einmal jung waren, dann sagen sie immer: Ich bin noch jung. Man ist ewig jung. Das ist so meine Erfahrung. Und dann noch ein Wort zu Werner Schwarz: Ich glaube, es sind nicht alle hier drin so gesetzt, dass sie am Samstag zu Hause sind, bei mir ist das zumindest nicht zwingend der Fall. Zum Thema: Das Postulat, das hier vorliegt, wurde an unserer Fraktionssitzung – es waren nicht alle Mitglieder vollständig anwesend – eingehend besprochen, und es waren sich alle einig, dass ein gewisser Handlungsbedarf besteht. Es haben eigentlich alle an dieser Fraktionssitzung eingesehen, warum das Postulat von diesen drei Personen eingereicht wurde. Es gab da eine Mehrheitsmeinung an dieser Fraktionssitzung, und es gab eine Minderheitsmeinung. Ich vertrete die Minderheitsmeinung von Joël Wartenweiler und von mir. Wir haben ein gewisses Verständnis für das Einreichen dieses Postulats. Plakate von uns sind heruntergerissen worden. Es herrscht Vandalismus, etc. Auch im Gemeindepark, meinerwegen, wird Alkohol getrunken von Leuten, die das nicht tun sollten. Von dem her haben wir ein gewisses Verständnis dafür, dass man etwas unternehmen muss. Nur: Ich habe einen ganz anderen Ansatz. Die Polizei hat jetzt schon genug Handhabe, diese Sachen zu ahnden. Wenn jemand ein Plakat zerstört, dann ist das ein Straftatbestand, und dann kann die Polizei eingreifen und etwas unternehmen. Wenn jemand, der unter 16 ist, Alkohol konsumiert, dann ist das verboten, und dann kann die Polizei etwas tun und diese Person zu den Eltern nach Hause bringen. Wenn jetzt aber die pure Anwesenheit einer Person, die jünger ist als 16, einfach nicht erlaubt ist nach einer gewissen Uhrzeit, dann hat das Züge eines totalitären Staates. So etwas macht man in totalitären Staaten und in Kriegsgebieten, aber sicher nicht in Allschwil.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich habe vorhin zum Eintreten geredet, jetzt eigentlich zur Sache. Ich bin schon ein bisschen enttäuscht von euch, ihr seid ja eigentlich alles Erwachsene, was jetzt da für ein *G'schnurr* war wie auf einem Basar. Ich finde es nicht fair, wenn man so viel schwätzt, während jemand redet. Wir tuscheln ab und zu auch mal kurz, okay. Aber so ein Geschnatter, das habe ich jetzt absolut unanständig gefunden. Das muss einfach gesagt sein. Wir reden von einem Postulat, das die Jugendlichen unter 16 betrifft. Das, was Heinz Giger auf die Wand projiziert hat, das wird die Jugendarbeit sein, die Basel für über 16-Jährige finanzieren will. Frage: Unter 16, ist gleich Schüler – was haben Schüler nachts nach 10 Uhr auf der Strasse verloren? Was haben die verloren? Liebe CVP, ihr müsstet eigentlich, wenn ihr eurer Mutterpartei ein wenig folgt – aber das ist natürlich schwierig bei einer CVP, die hin- und herjuckt, mal links, mal ein bisschen Mitte – die CVP will Beizen-Verbot für gewalttätige Jugendliche. Fussfesseln und Beizenverbot, das sind Forderungen der CVP Schweiz. Euer Superchef, der Darbellay, kommt jetzt plötzlich mit Forderungen, die die SVP seit Jahren stellt. Es wäre schön, wenn ihr dem nachleben würdet. Wir reden von Jugendlichen unter 16. Die SVP ist grundsätzlich für Eigenverantwortung. Was ist Eigenverantwortung? Wenn du Verantwortung trägst. Wann trägst du Verantwortung? Wenn du volljährig bist, das bist du ab 18. Von allen Seiten heisst es jetzt mittlerweile schon bald mit 16 abstimmen gehen; man darf zwar noch nicht selber einen Kaufvertrag unterschreiben, aber über Millionen an der Urne darf man dann abstimmen. Ein Grüner hat jetzt schon im Landrat die Idee eingebracht, dass schon Babys abstimmen dürfen, es gehen einfach die Eltern. Wo ist da die Eigenverantwortung? Okay, das nur so zum politischen Klischee, woher die Gegenargumente zu uns herüberschwappen. Die Eltern sind verantwortlich für diese Kinder unter 16. Was die auf der Strasse

verloren haben, das sage ich nochmals, verstehe ich nicht. Sport geht bei diesen unter 16-Jährigen sicher nicht bis so spät am Abend. Das glaubt mir keiner, das kann mir keiner klarmachen. Schüler haben zu lernen, das weiss ein Jacques Winter. Schüler sollten am Morgen fit sein. Der Liberalismus, den wir heutzutage pflegen, ist zum Kotzen. Entschuldigung. Alles ist erlaubt – nur dem anderen eins auf die Schnauze hauen nicht, schon komisch. Überall alles... wir haben Sachen, wo man selber sollte verantwortlich sein, man sollte wissen, was man darf und was nicht. Und wenn man nicht mehr weiss, wie – dann gibt es Leitplanken. Und wir haben das überall. Wir haben es im Strassenverkehr, wir haben überall Vorschriften, und diese Vorschriften sind Leitplanken, und ich sehe nicht ein, warum man nicht so etwas sagen dürfte, was früher absolut normal war. Heute muss man einfach mit so etwas kommen, dass Jugendliche um diese Zeit nicht auf die Strasse gehören. Ich arbeite bei den Verkehrsbetrieben, ich arbeite viel in der Nacht, und was ich am Barfi und überall sehe: Junge, Mädchen und Buben, die dort herumhängen, die kommen nicht nur aus der Stadt, die kommen auch aus Allschwil. Das gehört sich doch nicht. Also wenn diese Eltern wüssten, wo diese Kinder herumhängen, ich weiss nicht, ob die sich nicht an den Kopf greifen würden. Im AWB vom 1. Februar hat der FDP-Einwohnerratskandidat Urs Pozivil gegen uns geschrieben wegen dieses Postulats. Das sei keine Lösung. Aber selber bringt er nicht wirklich einen Lösungsvorschlag. Er hat zwar schon gesagt, was möglich wäre, was vielleicht nützen könnte. Aber er kommt nicht mit einer konkreten Idee. Es ist bis jetzt auch niemand anderes gekommen ausser uns. Und wir haben sehr gute Resonanz, sehr gute Resonanz. Und wenn jetzt auch von Einwohnerratsseite keine Mehrheit der SVP-Leute zustande kommt, so spiegelt das nicht wieder, was innerhalb unserer Partei darüber gedacht wird. Und ich bitte euch einfach: Ihr seid auch in gewisser Weise mitverantwortlich, wenn ihr Kinder auf der Strasse seht. Das dürft ihr einfach nicht vergessen. Nicht wegschauen! Vielleicht trifft es euch dann eines Tages selber. Wir wissen, wir haben es hart gegen euch, weil ihr einen sehr liberalen Kurs fahrt, weil ihr auch aufpassen müsst, dass ihr euch nicht in die Äste hineinhängt. Es ist natürlich jetzt dann Gott sei Dank bald der Wahlkampf fertig. Die einzigen, die sich bis zum letzten Moment getraut haben, ein bisschen unkonventionelle Sachen zu machen, waren wir von der SVP, und vor allem meine Person, das weiss ich. Das war provokativ, ganz bewusst, um zu zeigen, dass wir keine solchen Schlecker sind, die einfach dreieinhalb Jahre Politik machen, die Leute schauen nicht zu...

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Herr Studer, zum Thema bitte!

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich rede zum Thema.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Jetzt gerade nicht, nein. Zum Thema bitte, kurz!

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich rede immer kurz. Denn es gibt welche, die reden länger. Ich rede zum Thema, weil ich sage, das ist eine Provokation, was wir machen mit diesem Postulat. Das ist auch eine Provokation. Wir provozieren, denn wir wollen euch herauslocken. Wir wollen einmal euren Mut sehen, dass ihr auch einmal zu etwas ja sagen könnt, was halt ein wenig unangenehm ist, wo dann vielleicht ein paar Stimmen fehlen könnten. Aber denkt daran, wenn ihr nicht mehr gewählt seid, dann habt ihr mehr Freizeit.

Peter Hauser, SVP-Fraktion: Ich vertrete hier meine persönliche Meinung, nicht die der SVP-Fraktion. Ich finde dieses Postulat nicht gut. Ich finde das eine Diskriminierung und Diskreditierung unserer Jugend. Und wie Heinz Giger schon sagte, wir haben alle schon mal eine Flasche Bier getrunken. Und eins ist so sicher wie das Grüne am Spinat: Wir sind alle schon einmal 14, 15, 16 gewesen hier drinnen. Und ich muss da einfach sagen, in der Landwirtschaft haben wir Ausdrücke wie „eingepfercht“, „einpferchen“. Hausi, pferch' die Schafe ein, wenn wir sie scheren, dann können wir sie besser packen. Ich muss mich bei den Jugendlichen entschuldigen, aber so kommt mir der Vergleich vor. Und dann kommen mir da Wörter in den Sinn wie: Soweto; Browning, Black Hills, Montana, United States. Das ist ein Indianerreservat. Die sind auch eingepfercht. Ich war einmal fünf Minuten dort, weil wir einen Platten hatten, den haben wir schnell geflickt. Ich kann euch sagen, das ist gar kein lustiges Dörflein. Und ich meine, Jugend ist schön, und das ist Abenteuer, und man sollte sie ihre Jugend ausleben lassen. Und wenn ich wieder auf die SVP zurückkommen will: Schwarze Schafe hat es überall. Ich meine, lassen wir sie laufen die Jungen; wir schauen schon zu ihnen, Gemeinderat und Polizei tun das schon und unsere Sozialarbeiter. Ich bin nicht für Überweisen.

Werner Schwarz, SVP-Fraktion: Für mich heisst das einfach: Status quo, weiter so. Ich weiss ganz genau, dass ich diesen Sommer, im kommenden Sommer, wieder das Gleiche antreffen werde, was ich letzten Sommer gesehen habe. Es wird weiter gesoffen, der Vandalismus, und all das, wird weiterhin stattfinden. Hier drinnen sind nur schöne Worte, leere Worte, Lufthülsen zustande gekommen. Und der Gemeinderat Giger kann mir noch manches Geschichtlein erzählen. Das ist alles Theorie, aber mit der Praxis hat das überhaupt nichts zu tun. Und ich finde es schon lustig als Postulant, ich meine, da sind ja die Leute da von den Zeitungen, die Herren und Damen da vorne, das ist nicht irgendwie ein Jux von uns Postulanten, wenn es zum Beispiel da im Zeitungsbericht heisst: „Die Sachbeschädigungen, die wesentlich höher ausfallen. Offenbar haben viele Jugendlichen den Respekt vor fremdem Eigentum verloren. Die Zunahme der Fälle ist um 70 % gestiegen.“ Schaut ihr doch alle weg! Aber es wird nur noch schlimmer, wenn ihr noch weiter wegschaut.

Gemeinderat Heinz Giger, Vorsteher Departement Bildung – Erziehung – Kultur: Ich bin froh, dass ich nochmals auf diese Geschichten angesprochen werde. Ich kann Ihnen auch sagen, dass ich mich freue, dass der Gemeinderat auf Prävention setzt, dass der Gemeinderat mich auch beauftragt, in meinem Departement im Sommer und im Herbst Elternarbeit zu betreiben. Sie haben es vorhin in Ihrer engagierten Diskussion untereinander gut gesagt: Es geht um Erziehung, es geht um Eltern. Da haben Sie völlig recht. Und genau das mache ich. Das sind nicht einfach Geschichtlein. Und es nützt Ihnen wenig, wenn Sie ihren Puls auf 180 hinauf jagen für etwas, das sich nicht wegdiskutieren lässt. Der Gemeinderat befürwortet Prävention, und Sie möchten etwas anderes. Und ich bin froh, wenn die Fraktionen hier drinnen sich dem Gemeinderat anschliessen, und ich danke ihnen auch herzlich dafür. Ich möchte gerne, dass die Jugendlichen, die sich so engagieren, auch allenfalls um fünf nach 10 Uhr unbehelligt heimgehen könnten wie die Schülerinnen und Schüler da hinten.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Überweisung des Postulats ist, möge das durch Handerheben bezeugen.

://:

Mit 4 Ja bei 32 Nein stimmt der Rat gegen die Überweisung.

Felix Keller-Maurer, 1. Vizepräsident: Die Jugendlichen dürfen noch ein bisschen bleiben, müssen nicht gerade nach Hause springen. Danke für das Kommen, Ich wünsche euch einen schönen Abend und einen spannenden Sonntag. Bis zum nächsten Mal. Adieu.

ENDE DER SITZUNG
